

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1949

143 (8.12.1949)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

OFLS

Lesen Sie heute:

Wachsende Kampfkraft	S. 2
Eine der Chancen des Friedens	S. 2
Winterweizen wächst in Sibirien	S. 3
Die Wahrheit über Amerika	S. 4
Nochmals „Parteien und die Gewerkschaften“	S. 5

4. Jahr Nr. 143 20 Pfg.

Für Frieden, nationale Einheit und Unabhängigkeit

Donnerstag, 8. Dezember 1949

Maggi-Arbeiter erzwingen Mitbestimmung

Streik gegen die Pläne ausländischer Konzerne erfolgreich — Aktionseinheit der Arbeiter hat sich bewährt

Singen. (Volkskorrsp.) Der Streik der Singener Maggi-Arbeiter, wurde mit einem vollen Sieg der Belegschaft beendet. Die Direktion nahm die Forderungen der Belegschaft ohne Einschränkung an. Die beabsichtigte Entlassung des Kollegen Hohlwegler als Personalchef wurde zurückgenommen.

Dieser Streikerfolg in Singen beweist erneut, daß die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft auch gegen hartnäckige Gegner etwas erreichen kann. Nunc sind mit diesem Streik allerdings nicht alle Probleme gelöst, und sehr wahrscheinlich werden in den nächsten Wochen neue und andere Fragen auftauchen. Wenn jedoch die Arbeiterschaft aus dem jetzigen Streikerfolg die Lehre zieht, daß sie unbesiegbar ist, wenn sie einig ist, werden auch diese Probleme zu Gunsten der Belegschaft gelöst werden können.

Ein Fehler bei diesem erfolgreichen Streik war allerdings, daß die Direktion nicht gezwungen wurde, die halbe Stunde Streikzeit zu bezahlen. Die fünf Kollegen aus dem gewerkschaftlichen Vertrauensrats-Körper, die nach dem Streik mit der Direktion verhandelten, haben diese Forderung nicht gestellt, obwohl die Bezahlung der Streikzeit nur recht und billig gewesen wäre, da der Streik ja durch das hartnäckige Verhalten der Direktion und ihrer Weigerung, in irgendwelche Verhandlungen einzutreten, heraufbeschworen wurde.

Landesbetriebsrätekonferenz der Textiler

Lörrach. (UT). In den meisten südbadischen Textilbetrieben fanden in den letzten Tagen Belegschaftsversammlungen statt, auf denen zu der ablehnenden Haltung der Textil-Unternehmer zur Frage der Urlaubsforderungen Stellung genommen. Diese Betriebsversammlungen dienten zur Vorbereitung der Landesbetriebsrätekonferenz der Betriebsräte, der Textil- und Bekleidungsindustrie, die heute in Lörrach stattfindet.

Aufgabe dieser Landesbetriebsrätekonferenz wird es sein, die notwendigen Konsequenzen aus dem Verhalten der Unternehmer zu ziehen, und die geeigneten Maßnahmen zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen zu beschließen.

Wie uns aus verschiedenen Textilbetrieben berichtet wird, versuchen die Textilunternehmer

(der Großteil der Textilindustrie Südbadens ist in Händen ausländischer Kapitalgruppen), die Kampfbereitschaft der Arbeiter durch vorgetäuschten Rohstoffmangel und Stromsperre zu lähmen. Sie wollen damit auch bei der Arbeiterschaft den Eindruck, den die in UT veröffentlichte gewaltige Erhöhung des Produktionswertes hervorgerufen hat, verwischen. Gegen diese Machenschaften der Unternehmer steht ebenfalls die nüchterne Feststellung des Arbeitsamtes Lörrach, wonach die Textilindustrie infolge des Weihnachtsgeschäftes eine Erhöhung der Konjunktur erfahren hat.

Erhöhung des Butterpreises geplant

Bonn. Im Ernährungsausschuß des Bundestages stand am Dienstag die vom Ernährungsministerium vorgeschlagene Erhöhung des Butterpreises auf 2,90 D-Mark für ein Pfund Butter zur Debatte. Die Vertreter der Opposition lehnten die beabsichtigte Preiserhöhung ab.

KPD gegen Adenauers Remilitarisierungspläne

Der „Sprecher der westlichen Besatzungsmächte“ muß sich vor dem Bundestag verantworten

Bonn. (UT). Die in UNSER TAG aufgestellte Behauptung, Adenauer plane die Schaffung einer deutschen Söldnertruppe unter amerikanischer Führung wurde jetzt von ihm selbst bestätigt. In einem Interview mit dem Vertreter der amerikanischen Zeitung „The Plain Dealer“ setzte er sich „für ein deutsches Kontingent in einer europäischen Streitmacht ein“. Auf Antrag der KPD muß sich Adenauer im Bundestag für seine Wiederaufrüstungspläne verantworten.

Die Sitzung des Bundestages wurde auf Freitag anberaumt. In politischen Kreisen wird erklärt, daß Adenauers Remilitarisierungsprogramm in Wirklichkeit den Plänen der westlichen Besatzungsmächte entsprungen sei. Adenauer amtierte lediglich als deren Sprecher.

Gewerkschaften gegen Adenauers Verrat

Singener Betriebsrätekonferenz zeigt wachsenden Kampfwillen der Arbeiter

Singen. (Volkskorrsp.) Auf einer gut besuchten Gewerkschafts-Betriebs- und Personalräte-Konferenz des Konstanzer Bezirks, berichtete Kollege August Schmidt, Stockach, über den Münchener Gewerkschaftskongreß. Verschiedene Diskussionsredner wandten sich unter lebhafter Zustimmung der Anwesenden, in scharfen Worten gegen die Preisgabe des Ruhrgebietes durch Adenauer und gegen die Zustimmung Böcklers zu diesem Verrat an den Interessen des deutschen Volkes. Die Kon-

ferenz vermittelte ein gutes Bild des wachsenden Kampfwillens der Arbeiterschaft.

Ausdehnung des Badischen Betriebsrätegesetzes auf Westdeutschland gefordert

In einer Entschließung forderte die Konferenz den Südbadischen Gewerkschaftsbund auf, sich mit folgendem Ersuchen an die Fraktionen der politischen Parteien im Bundesparlament zu wenden:

„Da das Südbadische Betriebsrätegesetz als das sozial fortschrittlichste der Länder der Bundesrepublik anzusehen ist, ersucht der Südbadische Gewerkschaftsbund ihre Fraktion, dieses Gesetz auf dem gesamten Gebiet der Bundesrepublik einzubringen und anzunehmen.“

In zwei weiteren Entschließungen wandte sich die Konferenz gegen die mangelnde innergewerkschaftliche Demokratie und gegen die Verschleppung der Arbeitsgerichtsklagen.

(Siehe Seite 5)

UN-Vollversammlung lehnt Verbot der Atomwaffe ab

Lediglich eine Zählung der „herkömmlichen“ Waffen wurde beschlossen

Lake Success. Die sowjetische Resolution, die ein Verbot der Atomwaffen und die Einbeziehung der Atomwaffen in die Zählung der sogenannten herkömmlichen Waffen forderte, wurde auf der Vollversammlung der UN mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Mit 44 gegen 5 Stimmen, bei fünf Stimmenthaltungen, wurde die französisch-norwegische Resolution angenommen, die lediglich eine Zählung der „herkömmlichen“ Waffen und die Feststellung der Stärke der bewaffneten Streitkräfte unter Ausschluß einer Kontrolle der Atomwaffen vorsieht.

KP Norwegens protestiert gegen Erhöhung der Rüstungsausgaben

Oslo. Eine Erhöhung der norwegischen Rüstungsausgaben um rund 50 Prozent wird in einem Bericht des norwegischen Verteidigungs-

Du und die Ruhr

Adenauer unterschreibt,

Prof. Dr. Laun* erklärt:

daß Preise, Handelsbedingungen, Zölle usw. durch die Ruhrbehörde kontrolliert, notfalls geändert oder aufgehoben werden können

(Art. 15 des Ruhrstatuts)

daß nicht nur die Produktion, sondern auch die Verteilung und der Verbrauch von Kohle und Stahl in Westdeutschland durch die Ruhrbehörde kontrolliert wird.

(Art. 20 des Ruhrstatuts)

daß während der „Kontrollperiode“ (erläutert in Art. 29.6) die Besatzungsbehörden die Versorgung „irgendeiner Industrie mit Ruhrkohle, Koks und Stahl“ überwachen.

(Art. 17 des Ruhrstatuts)

Internationale „Kontrolle“ heißt im westlichen Sprachgebrauch nicht „Überprüfung“, so wie wenn wir von einem Straßenbahnkontrollleur sprechen, sondern „Beherrschung“.

Es handelt sich nach Art. 29.6 um eine Art von verüllter Gebietsabtrennung an sechs Mächte auf eine unbestimmte lange Zeit, die auch 50 Jahre und länger dauern könnte, und niemand kann sagen, ob und wie Deutschland dann seine einmal aufgegebenen Rechte im Ruhrgebiet wieder zurückerhalten wird.

Eine deutsche Regierung, die diese Rechte durch eine vorbehaltlose Unterzeichnung aufgibt, würde eine unermeßliche Verantwortung auf sich laden.

* Prof. Laun, ist Völkerrechtler und Mitglied des „Institut de Droit international“ in Brüssel und der „Académie internationale de Droit public“ in Paris.

Mach Adenauers Unterschrift zunichte!
Kämpfe mit uns in der nationalen Abwehrfront!

forderte kürzlich die Aufstellung einer westdeutschen Bundespolizei unter Leitung der ehemaligen Nazi-Berufsoffiziere. Er glaube kaum, daß die Höhen Kommissare dagegen Einwände erheben könnten. Weiter forderte er die Aufstellung deutscher Einheiten im Rahmen der westeuropäischen Armee. Dabei trat er auch für eine neue Verwendung der deutschen Generalstäbe in diesem Rahmen ein.

Verhindert westdeutsche Söldnerarmee

Aufruf des Deutschen Komitees der Kämpfer für den Frieden.

Berlin. Der Arbeitsausschuß des Deutschen Komitees der Kämpfer für den Frieden faßte einen Beschluß, in dem mit Empörung gegen die von Dr. Adenauer erneut zugegebene Vorbereitung einer deutschen Söldnerarmee protestiert wird. Alle demokratischen Massenorganisationen in der Deutschen Demokratischen Republik, sowie alle deutschen Friedenskämpfer werden aufgerufen, Protestaktionen aller Art gegen diese unerhörte Politik der Kriegsvorbereitung der Separat-Regierung Adenauers zu entfachen.

Das „Soforthilfegesetz“ soll verbessert werden

Vermögen unter 10000 DM soll nicht zur Abgabe herangezogen werden

Bonn. (UT). Die Bundestagsfraktion der KPD forderte in einem Antrag im Bundesparlament die Aenderung des „Soforthilfegesetzes“. Nach diesem Antrag soll der § 6 des Gesetzes, der das Vermögen von Angehörigen der Vereinten Nationen von der Abgabepflicht befreit, gestrichen werden. Eine Anrechnung der Bezüge, sofern das Netto-Einkommen monatlich nicht mehr als 160 DM beträgt, soll bei Anspruchsberechtigten auf Unterhaltungsbei-

hilfe, die Fürsorgeunterstützung, Rente oder Pension beziehen, nicht stattfinden. Geschädigte sollen Unterhaltsbeihilfe erhalten, sobald sie das 60. (Frauen das 55.) Lebensjahr erreicht haben.

Alle Personen, deren Vermögen an Haus-, Grund- und landwirtschaftlichen Besitz den Betrag von 10000 DM nicht übersteigt und deren Einkommen aus Gehalt, Pension oder Rente nicht mehr als 500 DM monatlich beträgt, sollen von der Abgabe für die Soforthilfe befreit werden.

In einem weiteren Antrag fordert die KPD-Fraktion die unverzügliche Verabschiedung des endgültigen Lastenausgleichs. Bei der Behandlung der KPD-Anträge werden die übrigen Parteien unter Beweis stellen müssen, ob sie zu ihren vor der Wahl verkündeten Versprechungen stehen.

Wiedererstehen der Gestapo

Düsseldorf. Parallel mit den Remilitarisierungsplänen für Westdeutschland geht die Aufstellung einer neuen politischen Polizei nach dem Vorbild der Gestapo. Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen hat bereits einen sogenannten „Informationsdienst“ geschaffen, der ihm persönlich untersteht und zur Bekämpfung von „staatsfeindlichen Bestrebungen“ dienen soll. Aus Gewerkschaftskreisen des Landes wird erklärt, daß diese Schnüffel-Organisation lediglich dazu dienen soll, fortschrittliche Deutsche, aktive Gewerkschafter und Arbeiter im geeigneten Augenblick wie 1933 in die Zuchthäuser und Gefängnisse zu werfen.

Kuomintang-Truppen lösen sich auf

Peking. Die Truppen der Demokratischen Volksarmee konnten in den letzten 24 Stunden bedeutenden Geländegewinn erzielen. Die Kuomintang-Truppen mußten die ganze Provinz Kwangsi räumen und sich auf die Halbinsel Luitschau zurückziehen.

In der Provinz Szechuan stoßen die Streitkräfte Mao Tse Tungs am Jangtse-Kiang entlang in Richtung auf Jünnan vor. Die in der Umgebung von Kunming stationierten Streitkräfte der Kuomintang befinden sich bereits in voller Auflösung.

Wachsende Kampfkraft

Es ist eine in der Arbeiterbewegung seit langem bekannte und oft erprobte Tatsache, daß die Arbeiter — wenn sie einig und geschlossen vorgehen — stets ihre Forderungen gegenüber den Unternehmern verwirklichen können. Diese Tatsache ist jedoch vielen, hauptsächlich den jüngeren Kollegen nicht mehr so stark bewußt, wie es im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung notwendig wäre. Daran ist nicht nur das dritte Reich schuld, sondern die von den rechten Führern der SPD und der Gewerkschaften praktizierte Politik des Lavierens und der Zusammenarbeit mit den Unternehmern trug mit dazu bei, die Kampfkraft der Arbeiter zu schwächen.

Jetzt beginnt sich das Bild zu ändern, der Kampfwillen und die Kampfkraft der Arbeiter wächst an. In Südbaden erleben wir jetzt die ersten Beispiele dafür, nachdem das einheitliche Zusammenstehen sozialdemokratischer, kommunistischer, christlicher und parteiloser Arbeiter im Westen bereits zu beispielhaften Erfolgen geführt hat.

Ein gutes Beispiel dafür, wie Erfolge durchgekämpft werden müssen, zeigt uns das Verhalten der Maggi-Arbeiter in Singen. Hier ging es darum, gegen den Willen des ausländischen Nestlé-Konzerns das gesetzlich verankerte Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte zu behaupten. Der Kollege Hohlwegler, ein langjähriges Mitglied der SPD, der als Personalrat im Betrieb beschäftigt ist, sollte nach dem Willen der Direktion aus seinem Amt ausscheiden, um einem der Direktion angehörigen Herrn Platz zu machen. Ganz selbstverständlich, daß bei den Maggi-Arbeitern die Diskussion sich nicht um die Person Hohlweglers drehte. Sie erkannten klar, daß es hier darum ging, ob die Direktion im Auftrag ihrer Konzernherren im Betrieb nach Gutdünken schalten und walten kann, oder ob die Arbeiter mitzubestimmen haben. Durch ihren gemeinsamen Kampf haben sie diese Frage eindeutig für sich entschieden. Die Direktion mußte angesichts des geschlossenen Willens nachgeben, weil die Aktionseinheit der Arbeiter eine für sie zu starke Waffe ist. Diese alte Lehre haben die Maggi-Arbeiter erneut unter Beweis gestellt.

Die Maggi-Arbeiter haben uns aber nicht den einzigen Beweis für den wachsenden Kampfwillen der Arbeiterschaft in Südbaden geliefert. Die Gewerkschafts- und Betriebsrätekonferenzen, die in letzter Zeit stattfanden, erbrachten ebenfalls diesen Beweis. Ebenso der Kampfwillen der Textilarbeiter für ihre berechtigten Urlaubsforderungen. Bei ihnen gilt es, Forderungen durchzusetzen, die in anderen westdeutschen Ländern längst verwirklicht sind.

Die Textilunternehmer wissen um die Kampfkraft der Arbeiter. Deswegen versuchen sie (wie wir auf S. 1 bereits meldeten), Verwirrung in den Reihen der Arbeiter zu stiften. Teilweise behaupten sie, die Rohstoffe würden knapp. Damit wollen sie den Anschein erwecken, daß die Arbeit knapper würde. Sie wollen die Arbeiter gegeneinander ausspielen. Das ist eine Taktik, die die Unternehmer nicht zum erstenmal anwenden. Sie sind nie um Ausreden verlegen, wenn es gilt, Forderungen der Arbeiter zu umgehen.

Gerade die Textilarbeiter haben aber nach der Währungsreform riesige Gewinne ihren Unternehmern in den Schoß gelegt. Die Zahlen über den ständig steigenden Brutto-Produktionswert sind der Beweis dafür. Deshalb dürfen sich die Textilarbeiter von den Manövern ihrer Unternehmer nicht beeinflussen lassen. Sie müssen in ihrem eigenen Interesse auf ihre gewerkschaftlichen Forderungen beharren und die aus dem Verhalten der Unternehmer sich ergebenden Konsequenzen auf ihrer heutigen Landesbetriebsrätekonferenz ziehen.

H. Jp.

Deutsche Demokratische Republik:

Eine der Chancen des Friedens

Das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Frankreichs, „L'Humanité“, veröffentlichte letzte Woche folgenden interessanten Leitartikel ihres außenpolitischen Leitartiklers Pierre Coutarde:

„Um die Aufmerksamkeit von der Wiederaufrüstung Westdeutschlands abzuwenden, entfachen die Presse der amerikanischen Partei und die Marshall-Politiker systematisch einen Lärm, daß die Deutsche Demokratische Republik schon mit einer mächtigen Armee ausgestattet sei. Beweise? Keine. Genaue Angaben? Keine. Es wäre doch leicht, sie beizubringen, wenn sich diese Anklage auch nur auf die geringste Tatsache stützen würde.“

So schreibt z. B. der Korrespondent der „Monde“, Georges Blum: „Die Ostzone — was man auch immer sage — ist keine hermetisch abgeschlossene Zone. Von Berlin aus gelangt ein Deutscher in der Regel ebenso leicht dahin, wie man bei uns von Paris nach Bordeaux reisen kann.“

Jetzt sind diese Deutschen, die M. Georges Blum informierten, aber unfähig, irgendeinen Anhaltspunkt zu geben in Bezug auf diese angebliche Armee, die insgesamt 360 000 Menschen stark sein „soll“. Wo sind sie? Wer kommandiert sie? Wo sind ihre Panzer? Keine Antwort. Dafür ist aber M. Georges Blum vollständig informiert über den „despotischen und blutigen Terror“, der über diesem Teil Deutschlands herrscht. In einem Satz beschreibt er ihn:

„Die Hütten und auch schon die Gruben sind zu 65 Prozent, die Zentralen der elektrischen Energie zu 22 Prozent, die Elektrizität zu 20 Prozent, die Maschinenindustrie zu 18 Prozent, die Mechanik und Optik zu 12 Prozent nationalisiert.“

Das ist also der „blutige Despotismus“ Wil-

Warum strengt sich François Poncet so an?

Hoher Kommissar wünscht deutsch-französische Unternehmer-Verständigung

W.K.G. Der französische Hohe Kommissar entfaltet plötzlich eine außerordentliche Tätigkeit, um einerseits seine Landsleute von der Gefahr aus dem Osten zu überzeugen, an die die Mehrheit der Franzosen nicht zu glauben vermag, weil sie sich den Interessen des amerikanischen Kapitals ebensowenig verpflichtet fühlen, wie den eigenen Konzernherren, und gleichzeitig spricht er in deutschen Versammlungen der Unternehmer, um sie für die Idee einer deutsch-französischen General-Aktiengesellschaft nach Pierdemenges-Adenauer'schen Richtlinien zu erwärmen.

Warum dieser Eifer? Weil es in der Politik auch Wandlungen geben kann, die das Konzept verderben. Von solchen Möglichkeiten spricht der Washingtoner Korrespondent der „Tribune Geneve“. Er bestreitet, daß zur Zeit Besprechungen über ein Modus vivendi zwischen USA und der UdSSR stattfänden, doch wenn mit der Zeit sich die USA von der Unmöglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung überzeugen müßten, sie eine Verbindung mit den Russen zur Herstellung einer gegenseitigen Verständigung suchen werden.

Jeder vernünftige Deutsche wünscht eine Verständigung mit den Franzosen. Von Volk zu Volk, nicht von Rüstungsindustrie zu Rüstungsindustrie. Um diese letztere Verständigung handelt es sich jedoch zur Zeit. Gelingt sie und ist damit das Atlantik-Kriegspotential in allen Teilen gesichert, dann verharret USA in seiner Kampfstellung gegen das sozialistische Rußland. Gelingt sie nicht, dann ist

man in USA bereit, sich mit den Russen zu verständigen.

Und nun die Gewissensfrage für jeden Deutschen, Das Kabinett Adenauer hat sich zu der Linie der amerikanischen Unversöhnlichkeit bekannt und überhört geflissentlich die Verständigungsvorschläge aus Moskau. Liegt diese Politik im Interesse des deutschen Volkes? Nein und abermals Nein. Sie zu bekämpfen, mit aller Leidenschaft zu bekämpfen, ist höchste nationale Pflicht.

Offenburg. Zu einem privaten Besuch traf auf Einladung des Oberbürgermeisters von Offenburg der französische Hohe Kommissar, François Poncet, ein. In der Begrüßungssprache gab OB. Heitz seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Zeit bald kommen möge, da Deutsche wieder einmal hinüber fahren dürfen nach Straßburg. (Bis jetzt sind wir allerdings noch nicht ganz in Kehl. D. Red.)

M. François Poncet hielt eine unpolitische Ansprache mit kleinen Abschweifungen ins Politische. Er redete der Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland das Wort, und sagte, daß die deutsche Bevölkerung in ihm einen „aufrichtigen Freund“ besitze, der mit allen seinen Kräften die Geschicke Deutschlands gestalten helfen werde.

Der Hohe Kommissar verließ gegen 15 Uhr Offenburg um sich wieder nach Baden-Baden zu begeben, wo er am Sonntag mit dem Oberbürgermeister Schlapper über die Wiedereröffnung der Spielbank und der Beteiligung französischen Kapitals verhandelt hatte.

Das nennt Adenauer Demontagestop

Demontage nun auch in der amerikanischen Zone

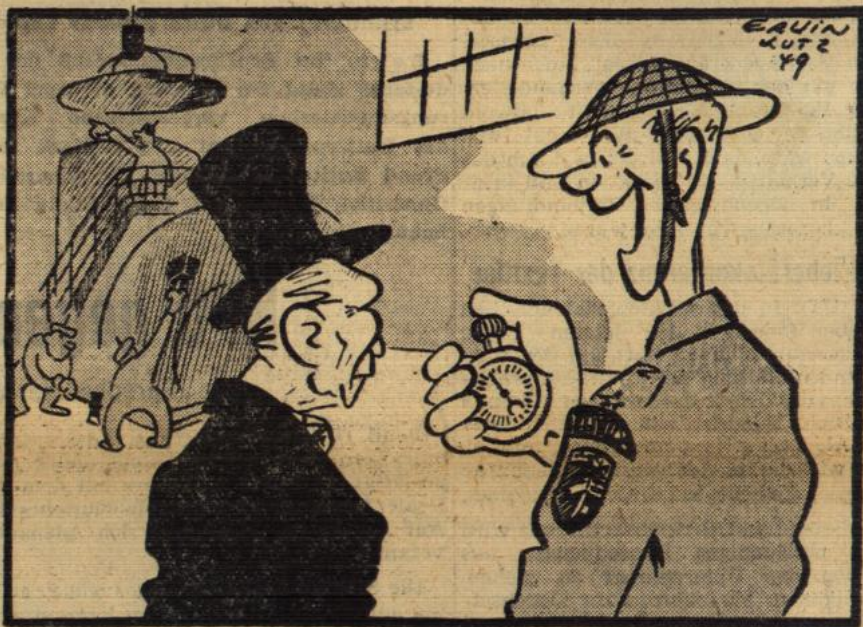
München. Ueberraschend wurde dem Aluminiumwerk Töging (Bayern) durch den US-Landeskommissar mitgeteilt, daß es teilweise demontiert wird. Da Töging nach Mitteilung der Betriebsleitung niemals auf einer Demontageliste stand und überdies Adenauers Petersberger Abkommen angeblich die Demontagen beenden sollte, bedeutete der US-Befehl einen „Keulenschlag“ gegen die deutsche Wirtschaft.

Duisburg. Auf der August-Thyssen-Hütte wurde jetzt mit dem Abtransport von Teilen der schweren Blockstraße III begonnen, auf deren Erhaltung die Hütte besonderen Wert legte. Noch vor wenigen Tagen hatten die Briten mitgeteilt, sie würden keine Maßnahmen treffen, die den Entscheidungen der alliierten Prüfungskommission vorgreifen könnten. Inzwischen haben sie 350 Demontage-Arbeiter eingesetzt.

Hannover. Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag erklärte im Zusammenhang mit einigen Hilfsforderungen für Watenstedt-Salzgitter, daß man sich „endgültig mit den Demontagen in Salzgitter abfinden und auf den Boden der Tatsachen stellen“ müsse.

Alles für die Westmächte

Brüssel. Die interalliierte Reparationsagentur in Brüssel habe beschlossen, die Lieferung von Reparationen aus Westdeutschland an die Sowjetunion einzustellen, berichtet der „New York Times“-Weltdienst. Die 19 zur Agentur gehörenden Länder seien „übereingekommen“, die als Reparationen abgelieferten Maschinen und Fabrikarüstungen im Gesamtgewicht von rund 300 000 Tonnen untereinander aufzuteilen.



Meine Regierung hat mir den strikten Auftrag erteilt, die Demontagen zu „stoppen“!

Das „Notopfer“ dient nur zur Spaltung

Gesetzesvorlage vorläufig dem Ausschuß überwiesen

Bonn. „Wenn Berlin geholfen werden soll, dann muß dieser so sehr von Leid geprüften Stadt ihre alte Stellung als Hauptstadt Ge-

samtdeutschlands wiedergegeben werden“, hob Abg. Fritz Rische (KPD) in der Debatte über das sogen. „Notopfer Berlin“ im Bundestag hervor. Das Berlin-Problem muß nach politischen Gesichtspunkten gelöst werden. Wir wissen, daß die Einheit Berlins nur in einem einheitlichen Vaterland wiederhergestellt werden kann.

Die KPD-Fraktion lehnte deshalb das „Notopfer Berlin“ ab, weil sie nicht will, daß die Kosten der Spaltung von der westdeutschen Bevölkerung getragen werden. Diesen Standpunkt teilen auch die Gewerkschaftsbewegung und die Betriebsbelegschaften, die in tausenden Resolutionen gegen die Erhebung des „Notopfers Berlin“ protestiert haben. Selbst die Wirtschaft lehnte es ab, dieses „Notopfer“ weiter zu tragen.

Angesichts der Proteste aus allen Bevölkerungskreisen wagten die Verantwortlichen für diese Massensteuer der Werktätigen es nicht, ihren Plan, das „Notopfer“ bis zum Dezember 1950 zu verlängern, in die Tat umzusetzen. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuß überwiesen, um dann, wenn die Wachsamkeit und die Protestaktionen der Werktätigen nachgelassen haben, erneut aus der Versenkung hervorgeholt zu werden. Es gilt also, weiterhin wachsam zu sein.

Aus dem Parteileben

Oberkirch. Am Samstag, 10. 12., 19.30 Uhr, findet in Fernacher's Bierstübli unsere Mitgliederversammlung statt. Es spricht der Gen. Karl Bätz, Offenburg.

Gengenbach. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am Samstag, 10.12., 19.30 Uhr, beim Gen. Deck statt. Das Referat hält der Gen. Bitschnau.

UNSER TAG / VOLKSZEITUNG FÜR BADEN
Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstraße 1
Tel. 1374. Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg
Chefredakteur: H. Jerrentrup
Für unangefordert eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur bei Beifügung von Rückporto

LÉON SAVIN „Alles, was so dazugehört“

Ein Pariser Chauffeur erzählt

„Ich fuhr durch den Wald von Fontainebleau. War ungefähr zwei Uhr früh. Und ein Regen — keine zehn Schritte weit Sicht. Plötzlich bemerkte ich mitten auf der Straße jemand, der mir Zeichen macht. Ich halte. War eine kleine Dame. Jung. Elegant. Sympathisch. Pitschnaß war sie, die kleine Dame, erbarmungswürdig. Das Näschen lief ihr, so kalt war es. Wasser, das aus ihrem Hut tröpfelte, zog feuchte Rinnen durch ihr gepudertes Gesicht. „Mein Reifen ist geplatzt“, sagt sie zu mir, „bitte, Monsieur, seien Sie doch so liebenswürdig, ihn zu reparieren. Ich weiß nicht, wie man das macht.“ Sie lächelte mich an, als sie das sagte, mit so einem aufgeweichten, unglücklichen Lächeln. Wunder schön angezogen war sie, seidene Strümpfe — na, eben alles, was so dazugehört.“

„Gut. Ich wechsele also in strömendem Regen das Rad und blinzele von Zeit zu Zeit aus einem Augenwinkel zu ihr hin; sie war wirklich hübsch, die Puppe. Ich sehe, daß sie anfängt, ein wenig zapplig zu werden. Was willst du? Es war Nacht; um uns der reine Urwald und kilometerweit keine Menschenseele. Und ich, das weiß ich schon, hab' keine so anziehende Fresse, das nicht. War mir über all das vollständig klar. Hätte gerne beruhigt, aber ich wußte nicht, wie ich's anstellen sollte.“

Mit dem Pneu war ich schnell fertig. „Alles parat, Fräulein, Sie können fahren“, sagte ich zu ihr. Ich dachte, zehn Francs wird sie mindestens sprinzen lassen. Das war's wohl wert, was meinst du? Aber sie, mein Alter, sie hat mir weder was gegeben, noch überhaupt „danke“ gesagt. Nicht mal verabschiedet hat sie sich. Setzt sich in den Wagen und fährt ab, ohne ein Wort, ohne mich auch nur eines Blickes zu würdigen.“

„Dann hab' ich eine Wut gespürt — und was für eine. Einen dreckigeren Streich hätte man mir nicht spielen können. Was denn, was denn, hielt sie mich vielleicht für einen Gigolo? Wie einen Frosch hätte ich sie zerquetschen können, so außer mir war ich. In aller Eile bin ich wieder in meinen Wagen geklettert, und ich versichere dir, noch nie ist er so schnell gefahren wie in dieser Nacht.“

Der Wagen rutschte auf der nassen Straße hin und her, mein Scheibenwischer funktionierte nicht, war mir alles piepe. Ich sagte mir: „Werde sie schon erwischen, dieses Weibstück, ich werde sie, dieses elende Frauenzimmer, und wenn ich kreviere — aber ich krieg sie!“ — so eine Wut hatte ich im Bauch. Wie närrisch war ich, zugegeben.“

So bin ich vielleicht 20 Minuten lang gefahren — weiß nicht, wieso ich mich nicht überschlug — da sah ich ganz fern ein rotes Schlußlicht durch den Regen. Das war sie. Ich habe sie überholt, mich quer vor sie gestellt, bin ausgestiegen. Als sie mich kommen sieht, reißt sie die Augen wie 'ne Eule auf — groß wie Unter-

tassen wurden sie, traten ihr förmlich aus dem Kopf heraus. Schreckliche Angst kriegte sie. Gewiß hab' ich ein merkwürdiges Gesicht geschnitten. Als sie mich immer näher kommen sieht, fängt sie zu heulen an: „Hilfe! Mörder! Zu Hilfe!“

„Sehr ruhig hab' ich zu ihr gesagt: „Schreien Sie nicht, Fräulein. Brauchen sich über gar nichts aufzuregen. Ist nur noch 'ne Kleinigkeit zu richten.“ Das sagte ich, ohne mir anmerken zu lassen, wie aufgebracht ich war. Und hab' ihr einfach wieder das Rad mit dem plattgefahrenen Pneu eingehängt. Sie sah genau, was ich tat. Fängt zu wimmern an. Öffnet ihre Handtasche und hält mir 'nen Hundert-Francs-

Schein hin. „Hier, nehmen Sie, aber bringen Sie mir mein Rad wieder in Ordnung! Lassen Sie mich nicht im Stich, ich muß nach Hause, ich hab' Angst, es ist Nacht“, wimmert sie.“

Ich nahm die Banknote, faltete sie zusammen, dann noch einmal — und hab sie in soviel Stücke zerrissen, wie ich nur konnte. Die Fetzen hab ich hingeworfen wie Konfetti und bin „guten Abend“ wünschend abgefahren.“

Einige Minuten lang schwieg er. „Und trotzdem, weißt du, ist das ganze biöd. Man hätte das Geld nehmen müssen und sie dann zusehen lassen, wie sie mit ihrem Pneu zurecht kommt. Hundert Francs, das ist doch 'n Haufen Geld, mein Alter!“

Winterweizen wächst in Sibirien

Alle Versuche, Winterweizen in Sibirien anzupflanzen, scheiterten während vieler Jahre. Die auf Brache gesäten Pflanzen gingen ein. Man versuchte, Kreuzungen frostfesten Weizens herzustellen, die der Temperatur widerstanden. Doch selbst die Quecke-Weizen-Hybrid des Züchters Nikolai Zizin erwiesen sich als unzureichend. Das Problem wurde erst im Jahre 1942 gelöst, als der große Forscher Lyssenko nach Sibirien kam. Nach den Untersuchungen Lyssenkos lag es nicht an der Temperatur, daß die Pflanzen zugrunde gingen, sondern an mechanischen Schäden, die die Pflanzen erlitten. Der Weizen wurde an Blättern und Wurzeln angegriffen. Diese Untersuchungen wurden durch die Forschungen des Sibirischen Forschungsinstituts für Getreidewirtschaft in Omsk bestätigt. Da am Herbstende in Sibirien meistens keine Schneedecke vorhanden ist, durchfriert der lockere Boden, und es entstehen tiefe Bodenrisse. In den Zwischenräumen zwischen den einzelnen Erdbröckeln bilden sich während des starken Frostes Eiskristalle, die mechanische Beschädigungen der Halmansatzknoten und der Wurzeln des Winterweizens verursachen. Hinzu kommen kalte Sandwinde, die die Blätter der Pflanzen zerstören.“

Lyssenko vertrat die Auffassung, daß Winterweizen in der sibirischen Steppe ausgezeichnet überwintern würde, wenn man die mechanischen Schäden verhindern könnte. Dies geschieht durch die Aussaat des Winterweizens auf die unbearbeiteten Stoppelfelder der Sommerkulturen. Nach einer Mitteilung von G. P. Wyssokos, des Direktors des Sibirischen Forschungsinstituts, haben sechsjährige Versuche auf den offenliegenden Stoppelfeldern des Instituts bei Omsk mit der Aussaat von Winterweizen auf Stoppeln gezeigt, daß unter diesen Bedingungen alle Winterweizensorten der UdSSR in Sibirien gut überwintern. Im Winter 1947/48 säte man versuchsweise 300 Sorten von Winterweizen aus den verschiedensten Ländern aus. Alle Sorten gediehen auf Stoppelfeldern trotz des harten Winters.“

Die Stoppelsaat verleiht dem Boden eine feste Struktur, so daß der Frost keine Bodenrisse hervorruft. Deshalb werden die Wurzeln und Halmansatzknoten des auf Stoppeln gesäten Winterweizens durch Eis nicht beschädigt. Ferner bieten die Stoppeln der Sommer-saat genügenden Schutz gegen den Wind und ein ausgezeichnetes Mittel zur Schneeanhäufung. Eine schwierige Frage beim Anbau des Winterweizens als Stoppelsaat bildet die Beseitigung des Unkrauts. Es zeigte sich, daß rechtzeitig nachgedüngter Winterweizen, der im Vorfrühling schnell in die Halme schießt, das Unkraut schnell überwächst und erstickt. Wyssokos fand, daß frisch geerntetes, nicht ausgetrocknetes und schlecht gewärmtes Saatgut schwache und verspätete Schößlinge ergibt.“

Ausgereiftes und an der Sonne gewärmtes Saatgut hingegen bringt früh und gleichzeitig aufspringende Schößlinge hervor, die sich im Vorfrühling schnell entfalten.“

Während vieler Jahre arbeitete das Institut an der Auslese hochproduktiver und winterfester Sorten. Man kreuzte auch die besten Exemplare verschiedener Sorten. Die Auslese von Winterweizenformen, die als Stoppelsaaten hohe Ernteerträge zeitigten, wirkte sich am günstigsten auf ihre Winterfestigkeit aus. Die an sich wenig frostfesten, aber hochproduktiven Weizenkulturen der Ukraine und des Kuban überwinterten im dritten Jahr ihrer Kultivierung in Sibirien bis zu 96 Prozent. Schließlich arbeitete das Institut an der Umwandlung von Sommer- in Winterweizen. Es zeigte sich, daß dadurch Winterweizensorten geschaffen wurden, die in bezug auf Winterhärte die besten der Welt zu werden versprechen. F. S.“

Das neue Buch

Grete Weil: „Ans Ende der Welt“

Verlag Volk und Welt, Berlin W 8

Grete Weil mußte 1933 als Studentin aus München fliehen und führte in Holland während der deutschen Besetzung das gefährliche Leben der Illegalen, der Untergetauchten. Sie erlebt die Verhaftung und den Abtransport der Juden in Amsterdam und schildert eine Episode aus der Tragödie ihrer Schicksalsfahrten.“

Zeit und Abstand haben die Verfasserin in den Stand gesetzt, die Gefühle des Hasses und die Bilder des unsagbaren Unglücks nur ahnen zu lassen, und so kristallisiert sie das Schicksal zweier verwandter jüdischer Familien heraus: den Diamantschleifer Waterdrager und den Rechtsgelehrten, Professor Waterdrager, mit ihren Frauen und Kindern. Zwischen den beiden Familien ist das Band der Verwandtschaft nur lose geknüpft — die Ueberheblichkeit seines Standes läßt den reichen Rechtsgelehrten über den armen Salomon Waterdrager hinwegsehen. Er begreift nicht, daß er, ein Rechtsgelehrter mit einer Sperrkarte versehen, bei den Nazis nicht mehr gilt als eine Nummer, die aufgerufen, abgerufen und in die Reihe der zu Vergasenden gestellt wird. Er vermeint, daß er ein Unabkömmlicher, ein nie zu Ersetzender sei.“

Noch hat er die ganze Erbarmlichkeit der Faschisten nicht ganz erkannt. Er glaubt an das Recht. Ein Recht, das die Faschisten bereits hunderttausendfach mit Füßen getreten haben.“

Vor dem dunklen Erlebnishintergrund leuchtet die Liebe zweier junger Menschen, die bis in den Tod bestehen bleibt.“

Kaum zu sehen

Eine kleine Stopflehre für unsere Leserinnen

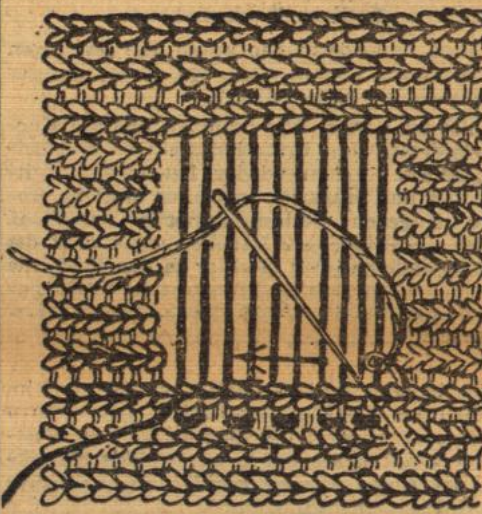


Bild 1

Wie ärgerlich, wenn sich bei Wollsachen der Ellbogen oder die Fingerspitze durchbohren, wenn der Halbschuh die Socke gerade an einer sichtbaren Stelle der Ferse entzweischeuert. Besitzt man noch gleichfarbiges Material zum Ausbessern, läßt sich eine Stopflehre herstellen, die sich kaum von einfacher Stickererei unterscheidet. Die Ausführung ist leicht, man muß nur locker genug arbeiten und sich Zeit lassen. Zunächst bringe man das Loch auf eine regelmäßige Form. Dann

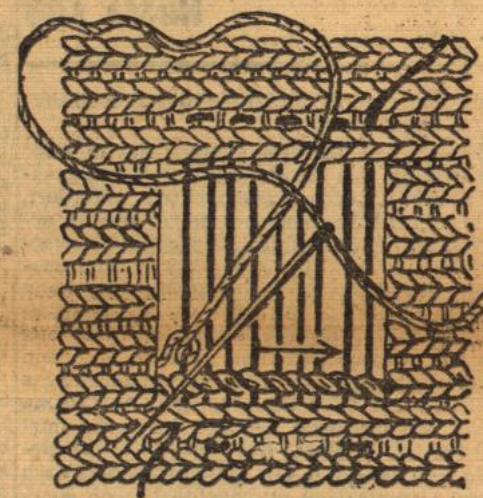


Bild 2

spanne man quer zur Strickerei Hilfsfäden wie beim Stopfen. Diese Fäden werden, wie Abbildung 1 zeigt, einzeln mit Stilkstich umstickt. Oben angekommen, wird in derselben Form wieder zurückgestickt. (Abbildung 2). Der Stickfaden muß immer richtig liegen. Es geht auf und ab, bis das Loch geschlossen ist. Man wird sich wundern, wie unauffällig sich diese Strickerei in das übrige Muster einfügt.“

Ein durch Wasser bewegtes Motorboot

Gdynia. Ein Werftarbeiter in Gdynia hat einen Entwurf eines Feuerlöschbootes angemeldet, das durch die Wasserströmung bewegt wird, die durch eine auf dem Deck angebrachte Motorpumpe erzeugt wird. Nachdem er die Zustimmung des Schiffsministeriums erhalten hatte, begann er im Verein mit einer Gruppe von Fachleuten den Bau des Prototyps.“

In den letzten Wochen wurden Versuchsfahrten durchgeführt, bei denen das Boot eine ausgezeichnete Schnelligkeit und Wendigkeit entwickelte. Durch die ideenreiche Ausführung betragen die Baukosten nicht viel mehr als ein Zehntel der für dessen Zweck vom Ministerium bewilligten Summe.“

Die Flucht des Sergeanten / Von Arno'd Zweig

Er hatte geglaubt, was Wald sei, zu wissen; kein kleiner Irrtum, wie sich herausstellte. Durch ein Dickicht, an das niemand je die Axt gelegt zu haben schien, brach er sich im lautlosen Taglicht zwischen Morgen und Nachmittags nach einer Gegend durch, die er für Osten hielt. Längst wußte er ohnmächtigen und erbitterten Herzens, er habe das Lager zu früh verlassen; mitten im Winter stak er jetzt und mitten im Walde, und der kleine Kompaß an seiner Uhrkette allein bewahrte ihn, seine Kraft nicht vollständig in Kreisen zu erschöpfen und an der Bahnstation zu landen, von der aus er sich ins Gehölz geschlagen hatte. Er fiel beständig in Gruben voller Schnee und entrann ihnen wieder, stürzte über Baumstämme, die irgendwann niedergebroschen und langsam im Vermorschen vom Schnee in Fallen verwandelt wurden, und hing in Brombeersträuchern fest. Durch den unwegsamsten Ausschnitt des unwehernen moorigen Waldgebietes brach er sich eigensinnig und ahnungslos seinen Weg. In den Bezirken entlaubter Buchen, Eschen und Erlen, die in den sumpfigeren Teilen weite Strecken füllten, kam er zwei Tage lang schnell vorwärts — da der Boden gefroren und hart wie Stein unter seinen Füßen von Wasser nichts verriet, wußte er nicht, weshalb er hier so oft ausglitt, stürzte sich zerschlug. Dann, bei langsamem Anstieg des Waldbodens, fanden sich Kiefernschläge, durchsetzt mit riesigen Eichen und Fichten, und endlich mächtige Birken, deren Schlankheit erst weit über Mannshöhe aus dem schwarzen Borkigen der Rinden in das linnene Weiß des Stammes überging.“

Nach der stumpfen Kälte des schüttelnden Wagens hatte er es jetzt mit der frischen, schneidenden, der lebendigen Luft zu tun, aber er fürchtete sie nicht; wie überhaupt noch keine Minute lang Furcht oder Reue seine

Seele überwältigt hatte. Dumpfer Grimm gegen die Schwierigkeiten, die sich ihm widersetzen, und darunter die unbegleite Entscheidung eines Menschen, der ein Ziel hat, gaben seinen Stimmungen den Grundton. Seine Stiefel, mit der ganzen Wissenschaft eines alten Soldaten weich und wasserdicht durchfettet, die Schäfte gegen Schnee von oben mit Bindfäden zugebunden, und auch die spröde Pulvrigkeit des monatelang durchfrorenen Schnees sicherten ihm trockene Glieder. Und Abend für Abend entzündete er unter dem Schirm einer Fichte oder eines unterholzgesicherten Jungwuchses das Feuer, das ihn wärmte und ihm Fleisch gabriet.“

Er war aus der Kulturzeit längst ausgeschieden, zum Jäger geworden gleich dem wilden Litauer oder Weißrussen eines längst vergangenen Jahrtausends. Von Jungenstagen her und ihren Streifzügen durch die Felder um Wolgda und die Steppe kannte er genau die Fährten von Kaninchen; Proviant würde ihm nicht fehlen. Seit einer Woche hinterließ er in der Wildnis und dem Schnee seine Stapfen und Feuerstellen.“

Er jagte mit Bogen und Pfeilen; der Schirm den er auf der Landstraße geerbt, wurde in seinen Fingern wieder nach einem Rezent seiner Knabenjahre, zu einer sehr brauchbaren Waffe. Bündelt man nämlich fünf der langen stählernen Speichen mit Schnur, deren jeder Soldat längere oder kürzere Stücke im Rucksack führt, aufeinander und spannt man aus besonders zähen Bindfäden eine Sehne zwischen den Enden des so entstehenden Bogens, so hält ein richtiger Junge eine Schußwaffe in Händen, mit der sich auch gegen Tiere

mancherlei austrichten läßt. Die übrigen Speichen und auch die kurzen des Schirms geben ausgezeichnete Pfeile, wenn man sie am oberen Ende abknickt, dort wo eine Oese die Befestigung der Schirmseide ermöglicht: als Spitze eine winzige Gabel, die sich mit Steinen schärfen läßt. Als er den Schirm aufsuchte, den er der Krücke nach zunächst für einen Stock gehalten, erhoffte er sich erst nur eine Stütze, dann ein Schlafdach über seinem Kopfe aufgestellt und mit der Zeltbahn behängt. Aber unter den lockeren Gerippen der Laubbäume unterschied er bald Tierspuren neben vielen unbekanntem, die er für Hunde hielt, wobei er sehr irrte, auch die von Hasen, Kaninchen und den kleinen Jägern, den Geflügeliebem — Iltis und Wiesel — in zarten Schürren durch den Schnee gezogen, und da fertigte er sich den Bogen.“

Und als das frühe Nachmittagslicht vom gelben Himmel fiel, erlebte er den Triumph, einem ahnungslos wohlwollenden Kaninchen, den Pfeil durch die Kehle zu jagen, als es behäbig den gewohnten Pfad, der bei Tageslicht noch nie gefährlich gewesen, entlanghoppelte, um unten von jungen Birken zu äsen. Siegesjubel des urchmenschlichen Jägers, als Grischa die erste Beute an den warmen Ohren ins Dickicht zog! Erfahren genug, um zu wissen, daß ein Kaninchen selten allein in der Welt umherstreift, blieb er wachsam. Viel schneller als er darauf antworten konnte, sauste mit zurückgelegten Löffeln ein anderes vorüber, hinter dem wie ein weißer Blitz ein Ding, ein Tier hinfuhr. Wiesel, dachte er ärgerlich; man durfte den Pfeil überhaupt nicht von der Strippe lassen! Schließlich kam er in Besitz eines zweiten, kleineren Kaninchens, und nun genug und Feuer angemacht unter der Tanne gerade dort, wo er sich befand. Er schnitt einen kräftigen Ast von ihr und legte den Grund vom Schnee klar; aus einer Menge an-

derer grüner Wedel machte er sich eine Art Streu, über die er die Zeltbahn legte. Dann brach er sich einen Arm voll dürrer Aeste, die, wenn sie ein Jahr tot sind, vom Schnee nur noch außen befeuchtet werden können, und hing im übrigen, mit einem Stock unterm Schnee wühlend, auf Raub nach Brennholz aus krachende Stämmchen, große Aeste, sein Messer verschaffte ihm schließlich noch eine von Frost und Schnee niedergebroschene junge Birke, die nur noch an einem, allerdings armdicken Bündel von Fasern am stumpfe harte-

Nun war Feuermachen bis zu dem Punkte gediehen, wo der urzeitliche Jäger, zu dem er sich entwickelt hatte, in den Menschen der Zivilisation umschlug. Kein Urjäger und Pfeilmann hätte so durchfeuchtetes oder außen nasses Geäst mit Feuerschwamm anzustecken vermocht. Grischa aber, von seiner Zeit in Frankreich her, kramte aus seinem Rucksack ein pralles, rundes Säckchen, tellergroß. Rohseide: schwärzlich-erane, runde Scheibchen enthielt es, an Größe, Dicke und Gestalt hörnerne Knöpfen einer Jägerjacke gleich — Hauptpulver, um im Geschützrohr so langsam als möglich zu verbrennen. In diese Gestalt verpreßt. Zwei von ihnen, mit dem glühenden Ende einer Zigarette leicht berührt, ließen eine Zündflamme auftauchen, deren Hitze vorjährige, vielfach zerknickte Zweige keinen Augenblick widerstehen konnten. Noch bevor sie recht ins Prasseln kamen, schichtete Grischa behend grobe Prügel und zuoberst den Baum weislich über sie, mit tener Kunst des Feuermachens, die keinem Feldkämpfer unbekannt bleibt; so besaß er in wenigen Minuten alles, um eine Winternacht hindurch unter einer Tanne am Leben zu bleiben: Kochfeuer, Schlafenswärme — denn die zerbrannte Birke glühte und krachte und knisterte die Nacht durch leise weiter — und den Schutz vor Gefahren, die er allerdings nicht ahnte.“

Statt abzuwarten, muß man kämpfen!

Unser HG-Reporter interviewt den Vorsitzenden des Verbandes der Körperbeschädigten, Hinterbliebenen und Sozialrentner

Aus Anlaß der in Nummer 137 von U. T. veröffentlichten Entschlüsse des Landesverbandes der Kriegsgeschädigten und Sozialrentner — Selbsthilfeorganisation e. V. legte unser HG-Reporter dem Geschäftsführer dieses Verbandes u. a. folgende Fragen vor:

Frage: „Herr Schlageter, in der Protestentschließung zum Soforthilfegesetz, die auf Ihrer letzten Landeskonferenz angenommen wurde, bringen Sie zum Ausdruck, daß die Forderungen Ihres Verbandes im Soforthilfegesetz keinen Niederschlag gefunden haben. Was sind die Forderungen Ihres Verbandes, und was gedenken Sie nunmehr zu ihrer Verwirklichung zu tun?“

Antwort: „Wir haben gefordert, daß der Freibetrag bei den Kriegs- und Unfallbeschädigten um den Grad der Beschädigung und bei Sozialrentner und Hinterbliebenen um 50 % erhöht wird. Weiter forderten wir die Erhöhung des Freibetrages um die Rentenkapitalabfindungssumme.“

Die Angelegenheit wurde bereits unserer Bundesorganisation in Bad Godesberg übergeben, welche beim Bundestag Schritte in dieser Richtung unternommen hat.“

Frage: „Im Rahmen Ihrer Entschließung verlangen Sie eine Stundung der Abgabe der vom Gesetz betroffenen Kriegsversehrten, Sozialrentner und Hinterbliebenen. Glauben Sie nicht, daß es besser wäre, sich mit allen

ten, der KPD und der FDJ ausgearbeitet wurde. Wie steht Ihre Organisation zu den im betreffenden Programm festgelegten Forderungen? Warum hat Ihr Verband bei der letzten Landeskonferenz zu diesem Programm keine Stellung bezogen?“

Antwort: „Der Punkt 4 im ersten Teil Ihres Programms wird von uns unterstützt, da wir der Auffassung sind, daß die Anrechnung der Renten, die ein Ausgleich für die erlittenen Körperschäden sind, und nicht zur Bestreitung des Lebensunterhaltes dienen und dienen können, ein Unrecht bedeuten.“

Weiter unterstützen wir den Punkt 2 des zweiten Teils Ihres Programms, der die Erhöhung der Freigrenze fordert. Wir müssen aber darüber hinaus verlangen, daß unser Personenkreis, der bereits für das Volk größte Opfer gebracht hat, die das ganze Leben getragen werden müssen bei der Vermögensabgabe besser berücksichtigt wird wie die übrigen Vermögensabgabepflichtigen. Man kann unmöglich einen Personenkreis, der schon mit körperlichen Schäden behaftet und deshalb auch wirtschaftlich anderen Personen gegenüber im Nachteil ist, wirtschaftlich noch weiter belasten.“

Wir müssen uns bei unseren Forderungen auf unser Gebiet beschränken. Ihr Programm beschäftigt sich mit Fragen die über den Rahmen unserer Organisation hinausgehen.“

Wir bitten aber alle Parteien, unsere gerechten Forderungen zu unterstützen.“

Wir müssen in diesem Zusammenhang feststellen, daß allein die KPD im Landtag gegen dieses unsoziale Gesetz gestimmt hat. Wir sind nicht gegen eine Stundung der Abgaben der Körperbeschädigten, aber wir glauben nicht, daß die abwartende Haltung, die Herr Schlageter vertrat, zu einem positiven Erfolg führen wird. Die Erfahrungen der Vergangenheit mit dem südbadischen Staat zeigen zur Genüge, daß man zwar sehr viel für Offizierspensionen und Ministergehälter übrig hat, daß aber die Armen und Notleidenden auch die geringste Hilfe erst nach hartem Kampf zugestanden bekommen. Wir sind daher der Auffassung, daß der Körperbeschädigten-Verband gemeinsam mit allen Organisationen, die dazu bereit sind, um die Aenderung des unsozialen Lastenausgleichsgesetzes kämpfen muß. (Die Red.)

Minister Wohlebs Funkwelt

Freiburg. Wochenschau und Rundfunk haben in Westdeutschland seit ihrem Bestehen die Aufgabe, der Bevölkerung gleich einem Sandmann Sand in die Augen zu streuen. Auch der dem badischen Kultusminister Leo Wohleb unterstellte Südwestfunk macht darin keine Ausnahme und arbeitet gleich seinen Nachbarstationen Frankfurt, München und Stuttgart nach den üblichen Methoden der USA Rundfunksender. Wie zum Beispiel nach den Lehren der Dollarimperialisten eine Reportage aus den Westsektoren Berlins aussuchen muß, bewies der SWF am letzten Samstag in seiner

„Berliner Wochenschau“

die etwa folgendermaßen abließ (die jeweiligen Bemerkungen stammen aus der Feder unseres redaktionellen Mitarbeiters):

„Hier ist Berlin! Wir befinden uns am Kurfürstendamm im britischen Sektor. Die Zeitungskioske bieten wieder Zeitungen, Zeitschriften und Magazine aus aller Welt an (so weit sie gegen Dollars importiert werden). Selbst die Ostberliner Bevölkerung stürmt die Zeitungstände (weil sie hier ja das fünffache für „pin up girls“ und Filmstars in US-Magazinen bezahlen darf!) die Kaufkraft der westberliner Bevölkerung ist phänomenal gestiegen!“

Wir blenden um! — Sechstages-Rennen im Stadion am Funkturm! Berlin hat seinen Sportpalast wieder! Die Bautätigkeit in Westberlin kennt keine Grenzen! (Wellebaracken des Herrn Messerschmidt und exklusive Kaufhäuser eingeschlossen)

Wir blenden um! — In Spandau wird das Kraftwerk West eingeweiht. Westberlin hat seine eigene Stromquelle (Ueber die Luftbrücke importiert, mit teuren Devisen bezahlt, ein glänzendes Geschäft für die westdeutschen und westberliner Profitjäger, ein weiterer Stein auf den schuldenbeladenen Schultern der Westberliner Bevölkerung) — Ende!“

Die Hintermänner dieses „Stimmungsberichts“ wissen sehr genau, warum sie

nichts über die 250 000 Arbeitslosen

der drei Westsektoren berichten, warum sie

von der Million Berliner schweigen, die sich mit den kümmerlichen Brocken der Arbeitslosenunterstützung des Ernährers durchhängen müssen. Sie wissen, daß in den Trümmern die Menschen verhungern. Selbstmord begehen, aus Verzweiflung und Furcht vor dem kalten Winter nicht mehr ein noch aus wissen. Sie wissen, was es mit der Kaufkraft der Westberliner auf sich hat, daß das Handwerk am Bankrott ist, daß die zahllosen kleinen Betriebe aller Industriezweige, vor allem der Metall- und Bekleidungsindustrie vor dem Ruin stehen, weil ihnen der Handel mit dem Osten von ihren gewissenlosen Politikern in Charlottenburg verboten wird und Aufträge aus dem Westen genau so wenig hereinkommen wie Rohstoffe.

Aber sie streuen hemmungslos Sand!

Herr Wohleb scheut nicht davor zurück, zu dulden, daß die badische Bevölkerung über die wahre Lage der Westberliner Bevölkerung täglich getäuscht wird, damit sie ihr eigenes Los vergißt. Aber der Tag wird nicht fern sein an dem trotz des Wohlebschen Sandmännchens auch der Bevölkerung in Baden die Augen aufgehen werden.

Besatzungsgeschädigte melden sich

Offenburg. Zur Zeit sind hier Bestrebungen im Gang, einen Verband der Besatzungsgeschädigten zu bilden, der die Interessen aller, deren Wohnung, Besitz oder Betriebsräume nun schon seit fünf Jahren für die Besatzungsmacht beschlagnahmt sind, vertreten soll. Der Verband hat den Plan die Wohnungen frei zu bekommen, indem die Stadt wie an anderen Orten der Westzonen aus öffentlichen Mitteln für die Besatzungsmacht neue Wohnungen baut.

Wir sind der Auffassung daß die deutsche Bevölkerung nachgerade genug an Besatzungskosten zu zahlen hat. Die Wohnungen würden sofort frei wenn endlich die Besatzung abziehen würde. Alle Besatzungsgeschädigten täten deshalb gut daran, sich einzureihen in die gemeinsame Front für einen Friedensvertrag und Abzug aller Besatzungsmächte.

Umschau im Lande

Aus Eifersucht getötet

Höllstein (Kreis Lörrach). Im Verlaufe eines tötlichen Streites erstach die von ihrem Manne getrennt lebende Frau Neumann die Witwe Armbruster. Zerrüttete Eheverhältnisse in der Familie Neumann und die Annahme, Frau Armbruster unterhalte ein Verhältnis mit dem von ihr getrennt lebenden Manne, waren der Anlaß zu dieser unüberlegten Tat.

Am Montag gab die Staatsanwaltschaft bekannt, daß im Anschluß an die Sektion durch Frau Neumann ein volles Geständnis abgelegt wurde. Frau N. bekannte sich dazu, die Messerstiche selbst ausgeführt zu haben. Offenbar handelt es sich um einen Vergeltungsakt im Affekt, wenn auch eine gewisse Vorsätzlichkeit darin erblickt werden kann, daß die Täterin ein Beil bei sich führte. Den eigentlichen Antriebe zur Tat erhielt Frau N. durch die Zustellung des Scheidungsurteils am Vortage der blutigen Auseinandersetzung.

KP-Stadtrat gegen Fronarbeit

Rheinfelden. In einer von rund 1000 Bürgern besuchten öffentlichen Gemeindeversammlung der Stadt Rheinfelden ergriff als einziger Stadtrat der Vertreter der KP das Wort um vor allem auf die Wichtigkeit derartiger Gemeindeversammlungen mit freier Aussprache über alle Gemeindeprobleme hinzuweisen.

Im Anschluß daran, begrüßte er die Bemühungen der Stadt auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge, gab aber zu bedenken, daß es Familien gibt, die heute mit 20 bis 30 DM Unterstützung auskommen müssen.

Sehr scharf wandte sich der Vertreter der KP gegen die Zumutung mancher Bürger, die heute dem Arbeitslosen Fronarbeit aufzubürden gedenken. Man solle sich für die Arbeitslosen einsetzen damit sie einen Arbeitsplatz erhalten, der ihre Existenz sichert, und nicht ihre materielle Notlage für sogenannte „Notstandsarbeiten“ ausnützen.

594 Kurzarbeiter im November in Lörrach

Lörrach. Wie das Arbeitsamt Lörrach meldet, ist die Zahl der deutschen Grenzgänger nach der Schweiz auch im November weiterhin rückläufig. Sie hat in den letzten 4 Wochen um 63 abgenommen und beträgt nur noch 1428.

Im November haben im Arbeitsamtsbezirk Lörrach 13 Betriebe Kurzarbeit durchgeführt, wovon 594 Belegschaftsmitglieder betroffen werden.

Bemerkenswert ist die Feststellung des Arbeitsamtes, daß die Textilindustrie infolge des Weihnachtsgeschäftes eine Erhöhung der Konjunktur erfahren hat. Man muß sich unter diesen Umständen wundern, daß die Unternehmer, die also noch weitere Riesengewinne erzielen, jedes Verständnis für die im Entwurf zu einem neuen Manteltarif enthaltenen sozialen Forderungen vermissen lassen.

Der längste Skifitt

Baden-Baden. In Nesselwang wurde der längste Skifitt Deutschlands fertiggestellt. Mit einem Kostenaufwand von 130 000 DM erbaut, führt der Sesselfitt von der Talstation über eine 1 1/2 km lange Strecke auf den Stellenbühl und kann in der Stunde 200 Personen befördern.

Der Wasserstand des Bodensees

Friedrichshafen. Erstmals seit Beginn der Trockenperiode vor rund sechs Monaten hat sich der Wasserstand des Bodensees in Laufe des November um einige Zentimeter erhöht. Während der örtliche Spiegel am Monatsbeginn 2,49 Meter anzeigte, ist der Wasserspiegel bis 30. November auf 2,55 Meter angestiegen. Er liegt jetzt „nur noch“ 79 Zentimeter unter Mittelwasser. Der Höchststand betrug um die Monatsmitte allerdings schon 2,57 Meter.

Wec die Wakeheit

wissen will, muß „UNSER TAG“ lesen. „UNSER TAG“ ist die einzige Zeitung, die unabhängig von jedem Profitinteresse freimütig die Verhältnisse in Westdeutschland kritisiert und für ein friedliches, einiges Deutschland kämpft! Täglich wird ab 1. Januar der Bote der Wahrheit erscheinen. Es gilt, ihm in weitesten Kreise der Bevölkerung Eingang zu verschaffen. Deshalb:

lest, verbreitet, abonniert

Unser Tag

Mitteln für eine Abänderung des Soforthilfegesetzes einzusetzen?“

Antwort: „Die Landeskonferenz hat in ihrer Entschließung die Stundung der Vermögensabgabe für unseren Personenkreis gefordert, da die Soforthilfeabgabebescheide bereits erteilt worden sind und ein Weg gefunden werden muß, um die Einziehung der Vermögensabgabe zu verhindern. Selbstverständlich kann es sich hierbei nur um eine vorläufige Maßnahme handeln, da die Stundung nicht den Erlaß der Abgabe bedeutet. Es wird auch von unserer Organisation eine Gesetzesänderung angestrebt, die aber nach unserer Auffassung nur auf Bundesebene erfolgen kann. Es muß gewährleistet bleiben, daß das Soforthilfegesetz in den Ländern der Bundesrepublik nach gleichen Grundsätzen durchgeführt wird. Hier- auf hat auch das Finanzministerium besonders abgehoben.“

Auf eine weitere Frage, was der Verband zu tun beabsichtige, wenn das Finanzministerium die Forderung auf Stundung nicht berücksichtige, erklärte Herr Schlageter, daß der Verband die Stellungnahme der Landesregierung abwarten will.

Zum Schluß stellte unser Reporter folgende Frage: „Vor etwa 14 Tagen wurde ihrer Organisation ein 12 Punkteprogramm zum Soforthilfegesetz übersandt, welches von Vertretern des Rentnerbundes, des Bundes der Fliegergeschädigten, der VVN, der Gewerkschaft-

Die Wahrheit über Amerika

Wie es in dem Lande aussieht, dessen Vertreter uns Demokratie lehren wollen

Die Amerikaner behaupten, ihre Besatzungstruppen nicht aus Deutschland zurückziehen zu können, weil sie die Entwicklung zu einem „demokratischen“ Staatswesen sichern wollen. Nun ist es in diesem Zusammenhang nicht uninteressant, festzustellen, was Demokratie eigentlich auf amerikanisch bedeutet. Diese Feststellung ist nicht schwer, man braucht sich nur danach umzusehen, wie die Amerikaner Demokratie in der Praxis bei sich zu Hause ausüben.

14 Millionen Neger werden im Süden der Vereinigten Staaten wie Leibeigene behandelt, nach Willkür geprügelt oder gar gelyncht und auch im Norden werden sie gewaltsam auf der untersten Stufe der Gesellschaftsleiter festgehalten. Zehn Prozent der amerikanischen Be-

völkerung sind Neger, aber im amerikanischen Senat ist kein einziger Neger vertreten und im Repräsentantenhaus ist unter 435 Abgeordneten nur ein einziger Neger. Die „weiße Herrenrasse“ Amerikas scheut sich nicht die Neger mit allen Mitteln daran zu hindern, zu studieren und einen der sogenannten freien Berufe zu ergreifen.

Eine besondere Kopfsteuer, ohne die es keine Wahlberechtigung gibt, verhindert, daß 13 Millionen Amerikaner, d. h. ein Sechstel aller Wahlberechtigten — nicht nur Neger, sondern auch Millionen arme Weiße — ihr elementarstes demokratisches Recht ausüben können. 70 Prozent der Arbeiter und schaffenden Farmer des Südens sind dort vom Wahlrecht ausgeschlossen.

Die Hälfte der weißen und neun Zehntel der schwarzen Farmer besitzen in den südlichen USA-Staaten, Virginia, Nord- und Südkarolina, Florida, Georgia, Alabama, Mississippi, Louisiana, Tennessee, Texas, Missouri (Trumans Heimat) und Arkansas nicht das kleinste Stückchen eigenen Boden. Das fruchtbare Land dieser zwölf Staaten, dessen Baumwolle —, Tabak- und Kornherzeugung an der Spitze der Weltproduktion rangiert, steht unter Kontrolle der Banken von Morgan und Rockefeller, Dupont und Mellon. Sie beherrschen die Plantage das Oel, die Eisenbahn, die Textil-, Elektrizitäts- und Tabakindustrie auch in den südlichen Staaten.

400 000 Indianer, die nach den Schlächtereien des 18. und 19. Jahrhunderts übrig blieben, müssen unter Verhältnissen leben, die ihr vollständiges Aussterben garantiert. Keine el-

genen Schulen, keine hygienische Fürsorge, keine Möglichkeit, im Wirtschaftsleben Wurzeln zu fassen — so sieht die Urbevölkerung Amerikas dahin.

Zweieinhalb Millionen Puritaner, deren Heimat vor 50 Jahren einfach gestohlen und den USA einverleibt wurde, sind politisch entmündigt und leben unter kolonialen Verhältnissen. Inmitten eines überströmenden Naturreichtums, hungert die Bevölkerung. Alle Früchte ihrer Arbeit werden von den Wallstreet Monopolisten aus dem Land gesogen.

Millionen Mexikaner leben in den USA, behandelt und betrachtet werden sie als Bürger letzter Klasse. Der Zutritt zu qualifizierten Arbeiten und Berufen wird den eineinhalb Millionen zählenden mexikanisch-amerikanischen Arbeitern verweigert. Es gibt zahlreiche Konzerne, die jegliche Beschäftigung von Menschen mexikanischer Herkunft wegen ihrer dunklen Hautfarbe verweigern.

Fünf Millionen Juden leben in den USA. Zwar sind sie offiziell gleichberechtigt, aber ein inoffizieller Boykott macht ihnen den Aufenthalt in tausenden Hotels und Pensionen unmöglich. Die New Yorker Columbia-Universität, deren Rektor General Eisenhower ist, wendet wie die meisten USA-Hochschulen den Numerus clausus an, (nach dem nur eine beschränkte Zahl von Juden zum Studium zugelassen ist), diese Lieblingswaffe der Antisemiten gegen die Juden. Auch heute noch, nach der Massakrierung des Großteils der europäischen Juden durch den Hitler-Faschismus, darf in den USA antisemitische Propaganda straffrei betrieben werden.

Das ist „Demokratie“ in Reinkultur, so wie die Amerikaner sie verstehen. Dieselben Amerikaner verweigern uns einen Friedensvertrag, weigern sich, ihre Besatzungstruppen aus

Deutschland abzuziehen, angeblich weil sie bei uns die Demokratie sichern wollen.

Selbst Amerikas jetziger Präsident, Harry Truman, wurde nach den Spielregeln der amerikanischen Demokratie zum Präsidenten gewählt. Von den 148 Millionen Amerikanern, stimmten ganze 24 Millionen, das sind ca. 16 Prozent für den heutigen Präsidenten.

Mit Vorliebe fordern die Amerikaner uns auf, den amerikanischen Lebensweg nachzugehen. Sie weisen auf den Reichtum Amerikas hin. Wir wissen um diesen Reichtum, wissen aber auch, daß er nur einer kleinen Gruppe vorbehalten bleibt, und daß das „freie Spiel der Kräfte“ dazu geführt hat, daß heute in den USA laut Feststellung der Regierung jede zweite Familie unter dem Mindesteinkommen bleibt, das zur Erhaltung einer gesunden Existenz notwendig ist. 21 Millionen amerikanischer Familien sind minderbemittelt, von denen fünf einhalb Millionen Familien in bitterster Armut dahingevegetieren.

Die Verfechter der amerikanischen Demokratie wollen uns Amerika als das große Paradies des kleinen Mannes preisen. Die angeführten Tatsachen beweisen aber, daß das Gegenteil der Fall ist. Amerika ist das kleine Paradies des großen Mannes, dessen Größe der Besitz von Millionen Dollars bezeugt. Sechs Trusts beherrschen die amerikanische Presse und verhindern das Entstehen unabhängiger Zeitungen. Vier Trust dirigieren das ganze amerikanische Rundfunkwesen. Und wenn man die Fäden verfolgt, an denen die nach außen hervortretenden Sprecher und Schreiber zappeln, dann stößt man immer wieder auf das kleine Häuflein von Finanzmagnum, deren Macht in den Banken von Morgan und Rockefeller zusammengeballt ist.

Und diese Amerikaner, bei denen solche Zustände herrschen, wollen uns Deutsche Demokratie lehren.

Nochmals „Die Parteien und die Gewerkschaften“

Die Veröffentlichung in UNSER TAG vom 24. Nov. 1949 „Parteien und Gewerkschaften“ hat es dem verantwortlichen Betriebsgruppenleiter der SPD angetan. Anstatt sich im „Volk“ sachlich mit den von uns vorgebrachten Argumenten auseinanderzusetzen, wird die in UT zum Ausdruck gebrachte Fragestellung verzerrt, um im Sinne des Rundschreibens des SPD-Parteivorstandes, Gewerkschaftsfunktionäre, die Mitglieder der KPD sind, ohne Rücksicht auf die von ihnen geleistete Arbeit auszuschalten.

Die Vermutungen, auf die sich der Artikelschreiber stützt, stammen aus einer sehr trüben Informationsquelle. Diese mit lauem Getöse sprudelnde Quelle ist dem Kundigen keine unbekannt Person. Seine gewerkschaftliche Tätigkeit wurde bereits auf dem Neustädter Kongress einer starken Kritik unterzogen. In einem Arbeitsgerichtsprozeß gegen seinen früheren Unternehmer hat er die gewerkschaftliche Forderung auf Anerkennung des Rechtes der Betriebsräte gegen einige Silberlinge Abfindung durch einen Vergleich preisgegeben.

Wir haben den Kollegen Faulhaber nicht zu verteidigen. Er hat wie jeder andere Gewerkschafter Rechenschaft über seine Tätigkeit als Gewerkschaftsfunktionär vor den Mitgliedern dieser Organisation abzulegen. Daß die sachliche Kontrolle seiner Tätigkeit gleichzeitig immer ein Vertrauensbeweis für ihn war, zeigt uns erneut die Stellungnahme der Chemiarbeiter in jüngster Zeit in verschiedenen Betrieben. Wenn Faulhaber als Kommunist, wie jeder andere Gewerkschaftsfunktionär, der Mitglied der KPD ist, sich als Gewerkschafter nicht in Widerspruch mit seiner politischen Auffassung befindet, so ist dies darauf zurückzuführen, daß die KPD nichts anderes ist als die politische Organisation der Arbeiterklasse. Die Gewerkschaft ist auf Grund ihrer Zielsetzung und ihres Charakters gleichfalls eine Organisation der Arbeiterklasse, und so dienen beide derselben Sache. So wenig wie zwei Organe eines Körpers sich im Gegensatz zueinander befinden können, kann die politische Überzeugung eines Kommunisten im Widerspruch zu seinem Handeln als Gewerkschafter stehen.

Es hieß den Delegierten der Badischen Gewerkschaftler das Urteilsvermögen abzuspüren, wenn man annehmen wollte, daß dieselben bei ihrer Bekräftigung des auf der 2. Bundestagung gefaßten Beschlusses, dem WGB beizutreten, Überredungskünsten zum Opfer gefallen wären. Sollten die Gewerkschafter um der Marshallplanpolitik willen, die mit der DM-Abwertung verbundene Senkung des Reallohnes und des Verlusts des Arbeitsplatzes begrüßen? Sollten sie dem Notopfer als Massensteuer zustimmen, der Einschränkung der Koalitionsfreiheit durch die Besatzungsmächte tatenlos zusehen und den vielfältigen Versuchen, das Mitbestimmungsrecht einzuschränken, nicht entgegenzutreten? Dies sind die Gründe, welche die Delegierten veranlaßt hatten, sich von den Kräften zu distanzieren, die die Politik der Arbeitsgemeinschaft zum Schaden der Arbeiterschaft aufrechterhalten möchten.

Es ist selbstverständlich, daß bei der Behandlung und Stellungnahme zu allen Lebensfragen der Arbeiterschaft die Kommunisten in vorderster Linie stehen, wie auch die auf-

opfernde organisatorische Kleinarbeit von tausenden Kommunisten in der Gewerkschaft selbstlos durchgeführt wird. Ihre politische Überzeugung ist für sie gleichzeitig Verpflichtung, aktiv die Forderungen der Arbeiterschaft zu vertreten. Es kann deshalb nur den verwundern, daß die Arbeiterschaft in ihren Organisationen Kommunisten die Verantwortung überträgt, der glaubt, die Ausübung einer Funktion bestehe in der Sicherung einer fetten Pfründe, hohlem Geschwätz und in dem Kommandieren der Mitgliedschaft.

Unsere Stellungnahme gegen die in dem Rundschreiben der SPD zum Ausdruck gebrachte Betriebsgruppenarbeit wendet sich nicht gegen diese Betriebsgruppenarbeit an sich. Die kommunistischen Betriebsgruppen werden jede Aktivität der SPD-Betriebsgruppen begrüßen, die eine einheitliche Mobilisierung der Betriebsbelegschaften im Kampf für die Forderungen der Arbeiterschaft ermöglicht. Diese Einheit ist das Unterpfand des Sieges. Die einheitliche Verteidigung des Mitbestimmungsrechtes in der Position des sozial-

demokratischen Kollegen Hohlwegler in der MAGGI-Singen ist das wegweisende Beispiel, wie sich die Betriebsgruppenarbeit positiv für die Arbeiterschaft und zur Stärkung der Gewerkschaften auswirken kann. Den Weg, den jedoch nach den beiden veröffentlichten Rundschreiben aufgefördert werden, ist der Weg, der die sozialdemokratischen und kommunistischen Gewerkschafter 1933 auf den Heuberg, Ankenbuck und Kislau führte. Damit die Arbeiterschaft und mit ihr das ganze deutsche Volk nicht ein zweites Mal durch ihr eigenes Verhalten ein Opfer der Reaktion wird, kann nicht die Frage gestellt werden, wer ist kommunistischer oder sozialdemokratischer Funktionäre der Gewerkschaften, sondern wie dies einer einheitlichen, überparteilichen Organisation entspricht: wer ist der beste und aktivste. Er oder sie, ist damit, ungeachtet der weltanschaulichen Auffassung der für die Wahrnehmung der Interessen der Organisation, geeignete Kollege oder Kollegin. W.B.

Mehr innergewerkschaftliche Demokratie!

Die Betriebsräte des Seekreises befürchten Mißachtung der Willensbildung von unten nach oben im DGB

Singen. Auf der Konferenz der Gewerkschafts-, Betriebs- und Personalräte, über die wir bereits auf Seite 1 berichteten, wurden folgende Entschlüsse angenommen:

Badische Delegierte kamen in München nicht zu Wort

„Die Gewerkschafts-, Betriebs- und Personalrätekonferenz des Bezirkes Konstanz vom 3. 12. 1949 in Singen stellt mit Befremden fest, daß ihre am 24. 9. 1949 in Konstanz gefaßten Beschlüsse auf dem Münchener Gewerkschaftskongreß nicht die gebührende Beachtung gefunden haben, und daß die Delegierten des Seekreises wie überhaupt die Badischen Delegierten in München nicht zu Worte kommen konnten. Sie sieht sich dadurch in der Befürchtung bestärkt, daß die Willensbildung von unten nach oben im neuen Deutschen Gewerkschaftsbund nicht genügend gewährleistet ist. Auf die Dauer kann das nicht ohne Rückwirkung auf das moralische Gewicht der gewerkschaftlichen Forderungen, besonders die des Mitbestimmungsrechtes in der Wirtschaft bleiben.“

Die Konferenz bekennt sich erneut zu den Beschlüssen von Konstanz und erwartet vom Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß er ihnen auf alle Fälle bei der organisatorischen Neuordnung der Gewerkschaftsbewegung im badischen Raum Rechnung trägt. Sie fordert vor allem nochmals die Beibehaltung der Ortsausschüsse in Konstanz, Radolfzell, Singen, Stockach und Ueberlingen und ihre ausreichende Finanzierung durch den DGB.

Sie fordert weiter:

1. Daß der Bereich des bisherigen Badischen Gewerkschaftsbundes nicht als Unterbezirk, sondern als Bezirk bestehen bleibt, solange die

bisherige staatliche Gliederung nicht geändert worden ist.

2. Daß das bisherige Betriebssekretariat und das Jugendsekretariat für Baden erhalten bleiben.

3. Daß die mit mindestens 2/3 Mehrheit gewählten Vorstandsmitglieder der örtlichen und bezirklichen Gliederungen des DGB keiner Bestätigung durch den Bundesvorstand bedürfen.

4. Daß hauptamtliche Sekretäre nach dem gleichen Wahlverfahren bestimmt werden, wie ehrenamtliche Vorstandsmitglieder und abzu-berufen sind, wenn eine 2/3 Mehrheit der in Frage kommenden Mitglieder das Vertrauen entzieht.

Die Konferenz beschließt ferner:

1. Bis zur endgültigen Regelung der organisatorischen Neuordnung im Seekreis, führen die bisherigen Ortsgewerkschaften die gleichen Beiträge wie bisher an ihre Ortsausschüsse ab, und bringen diese Beiträge bei ihren Überweisungen an die Industriegewerkschaften in Abzug.

2. Auf alle Fälle sind die Beiträge an die Ortsausschüsse in der satzungsgemäß festgesetzten Höhe bis zum 1. 1. 1950 abzuführen und bei den Überweisungen an die Industriegewerkschaften in Abzug zu bringen.

3. Die Zusammenarbeit der Ortsausschüsse mit der Angestelltengewerkschaft ist bis auf weiteres beizubehalten.

Schließlich erinnert die Konferenz nochmals an den Konstanzer Beschluß, wonach neue Unterstützungseinrichtungen nur dann eingeführt werden sollen, wenn das ohne Beitragserhöhung möglich ist.“

Keine Verschleppung der Arbeitsgerichts-Klagen!

„Die Gewerkschafts-, Betriebs- und Personalrätekonferenz des Bezirkes Konstanz vom 3. 12. 1949 stellt fest, daß infolge Überlastung des Vorsitzenden und des Personals die Klageverfahren beim Arbeitsgericht Radolfzell sich oft übermäßig in die Länge ziehen, so daß die Kläger ungebührlich lange warten müssen, bis sie zu ihrem Recht kommen. Sie richten an das Badische Ministerium der Wirtschaft und Arbeit, Direktion Arbeit, das dringende Ersuchen, hier Abhilfe zu schaffen und vor allem die dazu notwendigen personellen Maßnahmen zu treffen.“

AUS DER ARBEIT DER PARTEI

Bericht über die Parteiarbeiter-Konferenz der Kreise Bühl

Bühl. In der verhältnismäßig gut besuchten Konferenz gab Genosse Fels in seinem Referat einen Bericht über die politische Situation. Er zeigte die Aufgaben auf, die speziell im Kreis Bühl von der Partei zu beachten sind.

In der Diskussion wurden die Feststellungen des Genossen Fels von den einzelnen Diskussionsrednern noch ergänzt und praktische Vorschläge zur Realisierung verschiedener Aufgaben gemacht. Sehr eingehend befaßte sich die Konferenz mit organisatorischen Fragen. Die den gestellten Aufgaben entsprechenden Beschlüsse bzw. Richtlinien wurden einstimmig angenommen.

... und Offenburg

Einleitend berichteten die Genossen über den Stand der Arbeit in ihren Ortsgruppen. Nach einer kurzen Diskussion wurde beschlossen, die grundlegende Schulung der Mitglieder, die sich in Offenburg gut bewährt hat, zur Unterstützung der Parteiarbeit auch in den anderen Ortsgruppen des Kreises durchzuführen. Der Anfang soll mit Gengenbach und Oberkirch gemacht werden. Gen. Jerrtrup unterstrich dann in einem kurzen Referat die Notwendigkeit, alle Kraft auf die Schaffung der nationalen Front zu konzentrieren. Die erforderlichen Schritte wurden festgelegt und sollen im Einzelnen auf der nächsten Sekretariatsitzung ausgearbeitet werden.

„Factscheit“

„Also nei, Fortschritt mache mir in dem Westdeutschland, s'isch kum z'glaube! Erscht kürzlich het dr Herr Adenauer do defür, daß er's Ruhrgebiet, verschachert, 18 deutsche Betriebe von 900 von de Demontagelicht abgesetzt bekumme, un jetz — het er schun wieder en „Erfolg“. S'wird grad drüber diskutiert, ob mer nit, wenn's wieder emol losgeht, (gege de „Oschte“ natürlich), die Deutsche als Kanonefutter wuwende kennt. Un so einige „Herre“ were ufregt — sie wittere Morgeluft!

Un damit de deutsche Michel, wenn unser große Onkel von Amerika denn ruft, nit gar so ungebildet isch, were jetz d'Kinder schun wieder vusorgt — damit se s'Schieße übe kenne. Vorersch will mer-ne nur Luftgewehr in d'Hand gen, prima Luftgewehr, von de Rastatter Diana-Werke! Wer will do noch emol sage, daß es nit ufwärts geht in Westdeutschland? Bald were mer de Karabiner wieder hen, un dann derfe-mer Schütze-Verein gründe, un dann übe-mer schieße, un dann mache unsere Kinder am Sundig wieder „Diensch“, un dann — jawoll, dann dürfe mer eines Tags wieder marschiere ... frisch nach Rußland nin — für de Amerikaner. „Kein schöner Tod ...“ Kinder, freut euch!

Uf einmol will's jetz grad gar nimme gehn, des Schriwe. Immer wer ich ablenkt. Ah, jetz weiß ich, was es isch: vor unserm Fenster spielt grad so en armer Deufel e Ziehharmonika. E Kriegsschädigter. Einer von viele.

Aber mit Luftgewehr het des natürlich nix z'dun. Nix do demit, ob unsere Kinder zum Schieße un Morde erzoge were oder zum friedliche Schaffe. Aber mit em Profit het's ebbs z'dun! Mit em Profit von de Diana-Werke in Rastatt nämlich, wo dran verdene welle!“

Helft der Volkszeitung „UNSER TAG“

Maulburg. Die Ortsgruppe Maulburg im Wiesental der KPD meldet ein vorläufiges Sammelergebnis von 15 DM zur Unterstützung der Volkszeitung „Unser Tag“.

Stockach. Die Ortsgruppe Stockach beschloß in ihrer letzten Mitgliederversammlung, ab sofort jeden Samstag zusätzlich 50 Exemplare „Unser Tag“ im Freiverkauf abzusetzen.

Singen. Die Parteiarbeiterkonferenz des Kreises Singen beschloß nach dem Abschluß ihrer Werbekampagne für „Unser Tag“, den jetzt erreichten Abonnementstand unter allen Umständen auch zu halten, wenn „Unser Tag“ täglich erscheint.

Genossen, wer meldet die nächsten Ergebnisse? Unterstützt und helft der Volkszeitung „Unser Tag“, der einzigen Zeitung der Opposition, die die Wahrheit verbreitet!

Bauernversammlung in Müllheim

Am kommenden Sonntag, den 11. 12. 1949, spricht

Abg. Frwin Eckert

um 14 Uhr im „Röble“ über die

Soforthilfeabgabe und das „Notopfer“ sowie andere, besonders die Landbevölkerung interessierende Fragen. Die Bevölkerung von Müllheim und Umgebung ist herzlich eingeladen. Im Anschluß an das Referat findet eine freie Aussprache statt.

Nachruf

Singen. Im Alter von 63 Jahren starb plötzlich unser Genosse Karl Schmidt. Zuletzt war er im Gaswerk tätig und gehörte dort dem Betriebsrat an. Den älteren Singenern ist er vor allem als Leiter der Antifa vor 1933 bekannt. Seit 25 Jahren stand er in den Reihen der Kommunistischen Partei. Wir beklagen in ihm einen der alten Garde der Singener Ortsgruppe. Kommunistische Partei Singen.

Nordrachter Holzhauser vor Arbeitsmangel

Nordrach. (Volkskorrespondenz). Unser Gemeinde bereitet die Arbeitsbeschaffung für ihre Holzhauser große Sorge, da die Waldarbeit in Zukunft kaum mehr ausreicht. Es sind etwa 15 ständige Arbeiter im Gemeindefeld beschäftigt, noch weit mehr im Staatswald. Das Problem ist bereits jetzt sehr akut, dürfte aber im Sommer noch viel brennender werden.

Der Vertreter der KPD im Gemeinderat hat darauf schon vor längerer Zeit hingewiesen und beantragt, daß von der Gemeinde für zusätzliche Arbeiten Mittel bereitgestellt werden. Der Antrag wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Scharf wandte sich der

KPD-Vertreter gegen die etwaige Entlassung jugendlicher Holzhauser.

Wie verlautet, werden auch von Seiten der Forstarbeiter-Gewerkschaft, der alle hiesigen Holzhauser angehören, alle Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung ins Auge gefaßt werden.

Immer noch steigende Arbeitslosigkeit

Baden-Baden. Die ungünstige Arbeitsmarktlage im Bezirk des Arbeitsamtes Baden-Baden hat sich gegenüber dem Vormonat wenig geändert. Eine Zunahme der arbeitslos gemeldeten Männer ist hauptsächlich bei den Stein-, Bau- und Bekleidungsarbeitern festzustellen.

Auch die Vermittlungsmöglichkeiten gingen im Monat November weiter zurück. Mit dem Ansteigen der Zahl der kurzarbeitenden Betriebe namentlich in der Steinindustrie ist zu rechnen.

Gehaltsverhandlungen bei der Industrie- und Handelskammer Freiburg eingeleitet

Freiburg. Die zweiten Gehaltsverhandlungen für die Angestellten der Industrie, des Groß- und Einzelhandels und des Baugewerbes wurden vor kurzem abgeschlossen. Die dabei erzielten Erhöhungen der Angestelltegehälter können noch bei weitem nicht die Preissteigerungen nach der Währungsreform ausgleichen. Umso erstaunlicher ist es, daß die Industrie- und Handelskammer Freiburg es bis heute noch nicht für notwendig erachtet hat, ihren Angestellten einen Ausgleich zur eingetretenen Teuerung in Form einer prozentualen Gehaltserhöhung zu gewähren. Bei dieser öffentlich rechtlichen Vertretung der Unternehmerschaft ist die Gehaltshöhe durch alle Nachkriegszeit unverändert geblieben seit der Festsetzung durch den „Reichstreuhänder der Arbeit“ im Jahre 1943.

Nachdem ein Gehaltsabbau(!) im Oktober 1948 durch das Eingreifen der Gewerkschaft der Angestellten verhindert werden konnte, sind die Angestellten nun nicht länger gewillt, diesen Zustand hinzunehmen und haben ihre Berufsgewerkschaft beauftragt, Tarifverhandlungen mit der Industrie- und Handelskammer einzuleiten.

Gift als letztes Mittel gegen Kommunisten

Meisenheim/Lahr. Vor einigen Tagen wurde im Garten unseres Genossen Karl Metzger Gift ausgestreut, worauf seine Hühner und Enten eingingen. Wenige Tage davor hatten ihm der Bürgermeister und einige „Herren“ des Dorfes damit gedroht, daß sie ja „ein Radikalmittel finden würden“ gegen ihn, weil er sich weigerte, ein Stück Allmend-Land gegen ein weit schlechteres anderes Stück, das einem Verwandten des Bürgermeisters gehört, zu tauschen. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir diese beiden Vorfälle mit einander in Verbindung bringen. Sehr bezeichnend ist, daß auf die Anzeige unseres Genossen bis heute noch nichts geschehen ist, weder von seiten der Gendarmerie noch des Staatsanwaltes!

Diese alarmierende Nachricht muß alle anständigen Menschen aufs tiefste empören. Glauben Gendarmerie und Staatsanwaltschaft vielleicht, derartige hinterhältige Provokationen dulden zu können, nur weil es sich um einen Kommunisten handelt? Glauben der saubere Herr Bürgermeister und seine Komplizen, sie könnten wieder wie im dritten Reich derartige Mittel anwenden, weil sie in anständiger Weise mit einem politischen Gegner nicht fertig werden? Wir fordern dringend Antwort auf unsere Fragen!

Sport UND Spiel

Fußball

Stetten a. k. M. I — Meßkirch I 3:1

Stetten stellte eine flinke, schlagkräftige Mannschaft auf den Platz. Der Platzbesitzer spielte von vornherein überlegen und schuf gefährliche Situationen vor dem gegnerischen Tor. Die Folge war, daß in den ersten 10 Minuten bereits das Führungstor der Einheimischen fiel. In der 40. Minute erfolgte durch ein Zufallstor der Ausgleich. Die Stettener Abwehr war diesmal nicht zu schlagen und zeigte auch ein schönes Zusammenspiel. Nach Seitenwechsel zeigte sich die Überlegenheit der Platzmannschaft noch deutlicher, so daß der Bezirksligist Meßkirch nur noch zu vereinzelt Gegenangriffen kommen konnte. Die beiden letzten Treffer für die Heim-Mannschaft fielen dann in der 60. und 75. Minute.

Stetten a. k. M. Jgd. — Meßkirch Jgd. 7:0.

Oberheimvereine drängen weiter nach oben

In der Landesliga kamen sämtliche drei Oberheimvereine zu Siegen. Den höchsten Sieg erzielte Lörrach, das seine zahlreichen Anhänger sehr befriedigte. Die Lörracher zeigten wieder ein Spiel, das begeistern konnte. Vor allem fand sich der Sturm tadellos zurecht. Die Hintermannschaft wurde von Henger in bester Manier geleitet. Furtwängler konnte zwar bereits in der zweiten Minute mit 1:0 in Führung gehen, doch Heberle (2) und Gerstner (1) sorgten für den 2:1-Pausenvorsprung. Auch nach dem Wechsel waren die Weißen überlegen und stellten bis zum Schlußpfiff durch Zuckschwert (2) und Greiner (1) den 6:1-Sieg. Unerwartet kommt der glatte 2:0-Sieg der Rheinfelder über den Tabellenzweiten Achern. Un erwartet noch deshalb, weil die Rheinfelder zwei ihrer Besten, Mittelstürmer Walmer und Torwart Beckert, in letzter Stunde wegen unsporlichen Verhaltens gesperrt hatten. Aber trotzdem zeigten die Rheinstädter ein ausgezeichnetes Spiel und lassen nach einer Überlegenheit bis zur Halbzeit mit 2:0 in Führung. Nach dem Wechsel setzten die Gäste alles auf eine Karte, doch die stabile Hintermannschaft der Einheimischen klärte immer wieder geschickt. Einen Handlanger hielt Torwart Reichert in ausgezeichnetem Manier. — Auch Schopfheim kam beim ASV Freiburg zu einem 2:1-Erfolg, wobei ein Elgentor der Freiburger den Ausschlag gab.

Well auch gegen Säckingen in Front — Stetten weiterhin auf der Verliererstraße — Erfolge der Ib-Mannschaften

Der Tabellenführer Well kam gegen Säckingen zu einem sicheren 2:0-Sieg. Die Trompeterstädter gaben einen beachtlichen Gegner ab und der gute Tabellenplatz kommt nicht von ungefähr. Stetten kam auch in Wyhlen zu keinem Erfolg und bleibt weiterhin auf der Verliererstraße. Das 4:0 stand bereits bei der Pause fest, nachdem die Wyhlener den Wind- sowie Platzvorteil geschickt ausnützten. Fahrnaui kam gegen Wutöschingen in letzter Minute zu einem glücklichen 4:3-Sieg. Ein Unent-

schieden hätte hier dem Spielverlauf eher entsprochen. Schopfheim-Reserve scheint nun endlich den richtigen Kontakt gefunden zu haben, denn auch Haltingen mußte die Gefährlichkeit anerkennen und ließ durch die 2:1-Niederlage die Punkte im Wiesental. Auch Lörrach-Reserve kam gegen Zell zu einem klaren 4:1-Erfolg. Das Ergebnis läuscht aber leicht, denn die Gäste waren im Feldspiel ebenbürtig.

Well führt nach wie vor mit 22 Punkten mit großem Abstand. Es folgen: Wyhlen 17, Säckingen und Haltingen mit 14, Grensach und Maulburg mit 13. Stetten 12, Lörrach II 11, Schopfheim II 10, Waldshut und Wutöschingen je 9, Fahrnaui 8, Zell 7 und Rheinfelder II 3 P.

Kreisliga: Schopfheim III — Brombach 9:2; Krsau — Laufenburg 3:1; Tiengen — Säckingen II 6:1; Grensach II — Albruck 2:3.

... und im Handball

Lörrach siegt im Wiesental-Lokalderby mit 6:4. In der Handball-Zonenliga stand das Wiesental-derby Haulingen — Lörrach im Mittelpunkt. Der Exmeister kam hierbei zu einem 6:4-Sieg, der vor allem in der zweiten Halbzeit sichergestellt wurde. Ergebnis könnte aber auch umgekehrt lauten, wenn die Haugener Stürmer etwas besser geschossen hätten, zumal der Lörracher Torhüter nicht den besten Eindruck machte.

Tabellenführer Well behauptet weiterhin die Tabellenspitze

Der Tabellenführer Well kam in Kanders zu einem sicheren 7:3-Erfolg und liegt weiterhin an der Spitze. Der Verfolger Säckingen bleibt Well dicht auf den Fersen, denn die Trompeterstädter kamen beim Tabellenletzten Schopfheim überzeugend zum 8:4-Sieg. Ein spannendes Spiel lieferten sich Waldshut und Schönau, wobei die Gäste in letzter Minute den Siegestreffer erzielten und durch den 7:6-Sieg beide Punkte mit ins Wiesental nahmen.

Tischtennis in Löffingen

Am vergangenen Samstag standen sich in der Turnhalle zu Löffingen die beiden, sich seit dem Bestehen rivalisierenden Tischtennis-Mannschaften des SV Bonndorf und Löffingen im Rahmen der Rundenwettkämpfe gegenüber.

Im Verlauf der Einzelspiele zeigten sich die Bonndorfer Spieler leicht überlegen und auch im Doppel hatte es fast den Anschein, als ob Bonndorf als Sieger aus dem wirklich spannenden Kampfe hervorgehen würde. Nur dem kämpferischen Einsatz der beiden jungen Nachwuchsspieler Studer und Egli, die trotz 2:0-Führung des Bonndorfer Doppels den Mut nicht sinken ließen, und nach hartem Kampf mit 3:2 das Spiel für Löffingen entschieden, hat es die Löffinger Mannschaft zu verdanken, daß sie mit einem Endresultat von 5:4 die wertvollen Punkte für sich verbuchen konnte.

„Umlegen“ wurde damals schnell begriffen

Konstanz. Der Leiter der ehemaligen Konstanzer Gestapo-Zentrale, Emil Hinz, wurde vom Schwurgericht Konstanz von der Anklage des Verbrechens gegen die Menschlichkeit freigesprochen. Hinz soll im August 1944 einem Zollbeamten, der einen wegen Mordes, Spionage und Fahnenflucht zum Tode verurteilten flüchtigen deutschen Soldaten aufgegriffen und dann erschossen hatte, hierzu telefonisch den Befehl gegeben und sich dabei des berechtigten Ausdrucks „umlegen“ bedient haben. In der Schwurgerichtsverhandlung gab Hinz als Entschuldigung an, die telefonische Verständigung mit dem Zollbeamten, der ihm mitteilte, daß der geflüchtete Soldat wieder gefaßt wäre, sei damals sehr schlecht gewesen. Daraufhin habe er die Telefonzentrale in großer Erregung aufgefordert, das Gespräch umzulegen. Dies habe der Zollbeamte mißverstanden. Hinz, der vom Militärgericht in Rastatt wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit bereits zu einer Gefängnisstrafe von sieben Jahren verurteilt worden war, wurde daraufhin vom Schwurgericht wegen Mangel an Beweisen freigesprochen.

Wäre die Wirklichkeit genau so gewesen wie sie sich als Bild der Gerichtsverhandlung darstellte, bleibt das ganz erschütternd. „Umlegen“ wurde damals schnell begriffen und eindeutig nur in einem einzigen Sinne verstanden. Das bezeugte diese Gerichtsverhandlung, selbst wenn ein „Mißverständnis“ angenommen wurde, das einem Menschen das Leben kostete. Dieser Konstanzer Prozeß wirft ein grelles Schlaglicht nachträglich auf die Zustände im Dritten Reich und aber auch auf das Heute. Das Wort „umlegen“ wird mißverstanden und ein Mensch ist in der nächsten Minute tot. So gut wurde von jedem das benötigte Wort „umlegen“ begriffen. Heute? Es hat keiner etwas gewußt, daß es so etwas gab und keiner will es sogar jetzt begreifen, wenn er es aus einem Anlaß, wie diesem Prozeß, hört.

USA-Delegierte fordern Beendigung des „kalten Krieges“

Berlin. Die Beendigung des „kalten Krieges“ der USA-Regierung gegen die Sowjetunion, sowie die Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR wurden in einer Resolution

gefordert, die von 300 Delegierten der in New York unter der Schirmherrschaft des Nationalrates für amerikanisch-sowjetische Freundschaft einstimmig gebilligt wurde.

7000 Elternpaare protestieren gegen Adenauers Kriegspläne

Velbert. Die Eltern von 7000 Schulkindern in Velbert appellieren in einem Schreiben an Bundeskanzler Dr. Adenauer, eine militärische Wiederaufrüstung in Westdeutschland unter allen Umständen zu verhindern. „Niemand möchte die Mütter wieder ihre Kinder als Opfer eines blutigen Kampfes der Menschen untereinander sehen“, heißt es in dem Schreiben.

Kunststoff-Produktion verboten

Düsseldorf. Auf Anordnung der britischen Militärregierung darf der in den I.G. Farbenwerken Bayer-Leverkusen entwickelte neue Kunststoff „Vulkollan“ nicht in die Produktion aufgenommen werden.

Preiswettbewerb für die besten Entwürfe zu einem Thälmann-Denkmal

Ernst Thälmann, dem großen Sohn des deutschen Volkes, dem Führer der deutschen Arbeiterschaft, dem Kämpfer für Frieden und Fortschritt soll auf dem Thälmann-Platz in Berlin (ehemaliger Wilhelm-Platz) ein Denkmal gesetzt werden, das in ehrenvoller Weise im deutschen Volk die Erinnerung an einen seiner Besten wachhält, das anspricht zur Fortsetzung und Vollendung des großen, einst von Ernst Thälmann getragenen und nun durch uns zu erfüllenden Werkes. Die Kunstschaffenden ganz Deutschlands wird aufgerufen, sich an der Gestaltung dieses ersten Monumentes unseres neuen demokratischen Vaterlandes zu beteiligen.

Zur Erlangung von Entwürfen hat das Ministerium für Volksbildung der Deutschen Demokratischen Republik einen Wettbewerb mit 3 Preisen von 10.000, 6.000 und 4.000 DM ausgeschrieben, die zusätzlich zur eigentlichen Honorierung des auszuführenden Entwurfes gezahlt werden. Die Teilnahmebedingungen an diesem Wettbewerb werden in den nächsten Tagen veröffentlicht.



Einen solchen Berg

von Lösungen zum Preiswettbewerb „Was denkt der Schneemann...“ brachte mir die Post.

Nun sind wir dabei, zu sichten und zu prüfen. Es sind ja so viele schöne und gute Lösungen gekommen! Allen möchte man beim ersten Lesen gerne einen Preis zuerkennen.

Aber nur Zehn können die Glücklichen sein. Kritisch wird jetzt gesichtet, geprüft und sortiert. Das wird noch einige Abende in Anspruch nehmen. Tagsüber haben wir jetzt ja so viel zu tun, um die vielen Weihnachtswünsche zu erfüllen.

Vor den Festtagen wird die Entscheidung aber ganz bestimmt fallen. Also bitte noch ein wenig Geduld. Es wird sich lohnen.



Julius Bollerei

FREIBURG IM BREISGAU Eisenbahnstraße 1

Während der Stromsperre sind meine Verkaufsräume durch eigene Lichtquelle beleuchtet.

Bis Weihnachten täglich von 8 bis 18.30 Uhr geöffnet.

Am silbernen und goldenen Sonntag von 14 bis 18 Uhr geöffnet.

- Schlafzimmer DM 510.-
- Wohnzimmerbüfets DM 265.-
- Küchenbüfets DM 205.-
- Schreibische DM 175.-
- Bücherschränke DM 395.-
- Kleiderschränke DM 150.-
- Seegrasmatratzen DM 68.-
- Wollmatratzen DM 80.-
- Federeinlagematratzen DM 105.-
- Chaiselongues DM 110.-
- Sessel DM 38.-

Möbelhaus Obrecht

3. Adventssonntag geöffnet! Freiburg i. Br. - Gerberau 5

In Singen

sind die

Einzelhandelsgeschäfte

an den

beiden Sonntagen

vor Weihnachten

(11. und 18. Dezember)

von 13-17 Uhr geöffnet

(Bis Weihnachten sind außerdem die Geschäfte auch am Mittwoch nachmittag geöffnet.)

Bekanntmachung der Stadt Rastatt

Lohnsteuerkarten 1950

Die Lohnsteuerkarten 1950 können ab 8. Dezember im Rathaus, Zimmer Nr. 39, abgeholt werden.

Rastatt, den 6. Dezember 1949.

Bürgermeisteramt.

Malerarbeiten und Tapetenkleben | Ehepaar sucht vom 3. bis 17. 9. ein-sauber u. billig | Verpfleg.-Anst. | Suche | Heide | ändern | schnell | Haus- | LKW. | nicht neuen | mehrtäg- | ung usw. | ssige Aus- | jeden Post- | gel. Muster- | in Waren aller |

MONDAMIN
Erzeugnisse
in allbewährter Qualität
jetzt wieder in jedem Fachgeschäft!

Fordern Sie kostenlose Rezepte vom
MONDAMIN-BERATUNGSDIENST
Hamburg 1-Postfach 1000

Welche u. interessan- | me? | Unterkr. m. hausfräul. Betreuung | 100-120 DM. Ellangeb.

Belohnung!
Am 6. 12. 49 zwischen 11 und 12 Uhr auf der Strecke Offen- burg-Freiburg zwei Reserve- räder (Schreibefolien, crem- farben) verloren. Der ehrliche Finder wird um Nach- richt unter Chiffre 32-583 an UNSER TAG Offenburg, Post- fach 361, gebeten.

Sehr preiswert zu verkaufen:
2 dunkelbl. Knaben-Wintermä- tel, neuw., für 8-12jähr.
1 Mädchen-Wintermantel, sehr gut erhalten.
1 Winterdirndl, neu, Gr. 40-42.
Wo sagt die Gesch.-Stelle Un- ser Tag, Ofrbg., Friedrichstr. 36

Kennen Sie schon

die beiden preiswerten und leistungsfähigen

Radio-Geräte

Lorenz: „KÖLN“ Schaub: „JUNIOR“ mit je 4 Röhren und 3 Wellenbereichen. Empfang sämtlicher Sender mit nur einer Zimmerantenne.

Lassen Sie sich die Geräte unverbindlich bei uns vorführen, Sie werden begeistert sein.

RADIO-AKUSTIK

Ingenieur H. MAU
OFFENBURG, Lindenplatz 34 a

think RICHTERTEE, Du wirst zu vünd!
ER MACHT DICH SCHLANK, FRISCH UND GESUND!

„Die Anzeigen-Werbung“
Informiert Sie laufend über aktuelle Insertionsmöglichkeiten in der deutschen Presse und erleichtert Ihnen die Wahl der für Ihre Werbung zweckmäßigsten Zeitungen und Zeitschriften. Erscheint monatlich 2-3 Mal nach Bedarf.
Jahresabonnement DM 10.-
Wer die Anzeige als erfolgreiches Werbemittel schätzt, bestellt „DIE ANZEIGEN-WERBUNG“ umgehend bei
ANZEIGEN-KOCH OHG
O. u. J. Koch
Lemgo/Lippe, Papenstraße 10.

FILM

Lichtspielhaus Bühl

Ab Freitag, 9. 12. bis einschl. Donnerstag, 15. 12. 1949.
La Jana

von allen unvergessen, mit ihrer einzigartigen Tanzkunst in dem beispiellosen Sensations- und Ausstattungsfilm:

Der Tiger von Eschrajur

Jugendfrei ab 14 Jahren.

Voranzettel (II. Teil)

Das indische Grabmal

Spielzeiten: Freitag 18.30 Uhr.
Samstag 16.15 und 18.30 Uhr.
Sonntag: 15.00, 17.30, 20.00 und 22.00 Uhr. Montag bis Don- nerstag jeweils 20.00 Uhr.

Adler-

Lichtspiele Achern-Oberrhein

Nur Sonntag 15, 17.30 und 20 Uhr, Montag, Dienstag, Mitt- woch 20 Uhr

Bravo George

Eine Filmgroteske, die jeder gesehen haben muß. Mit George Formby, ein Komiker, der unwiderstehlich ist. (Jugendliche zugelassen)

Zentral-Theater Emmendingen

Freitag bis Montag

Morgen ist alles besser

Dienstag bis Donnerstag

Piraten zu Pferd

Denken Sie daran,

daß die Ziehung der 3. Klasse der Süddeutschen Klassenlotterie bereits am 15. Dezember beginnt

In 4 Tagen

war ich frei von Husten und Verschleimung durch Husta-Glycin. Schreibt Frau M. H., Berlin O 17
Husta-Glycin Fl. 1.30, 1.95 hilft auch Ihnen.
Hustabons Dose 1,- DM.
In Apotheken u. Drogerien